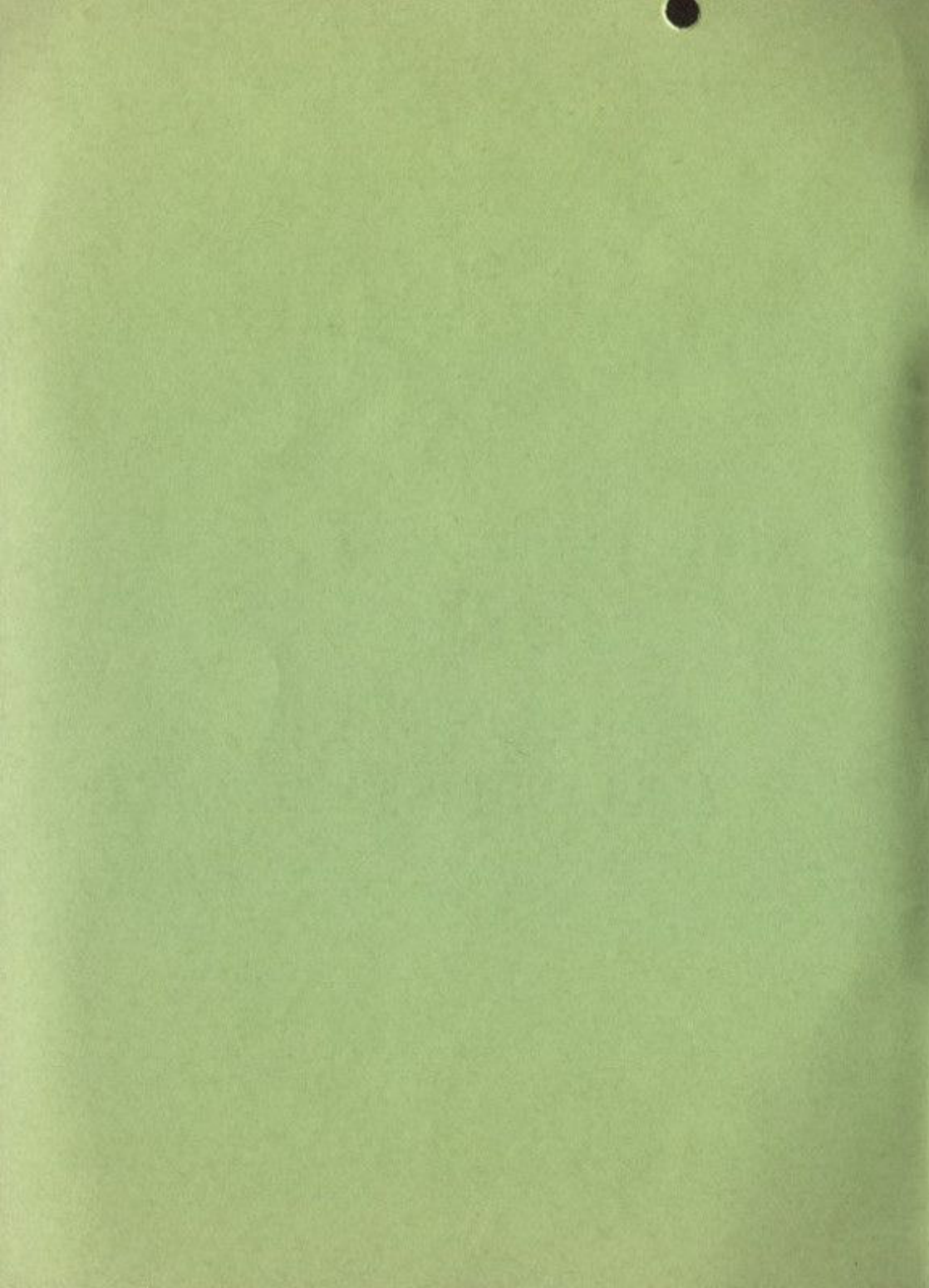


Bürgerliste Salzburg-Land (Grüne)

**SALZBURG
IN
EUROPA**

**DENKANSTÖSSE
ZUR LANDTAGSWAHL 89**



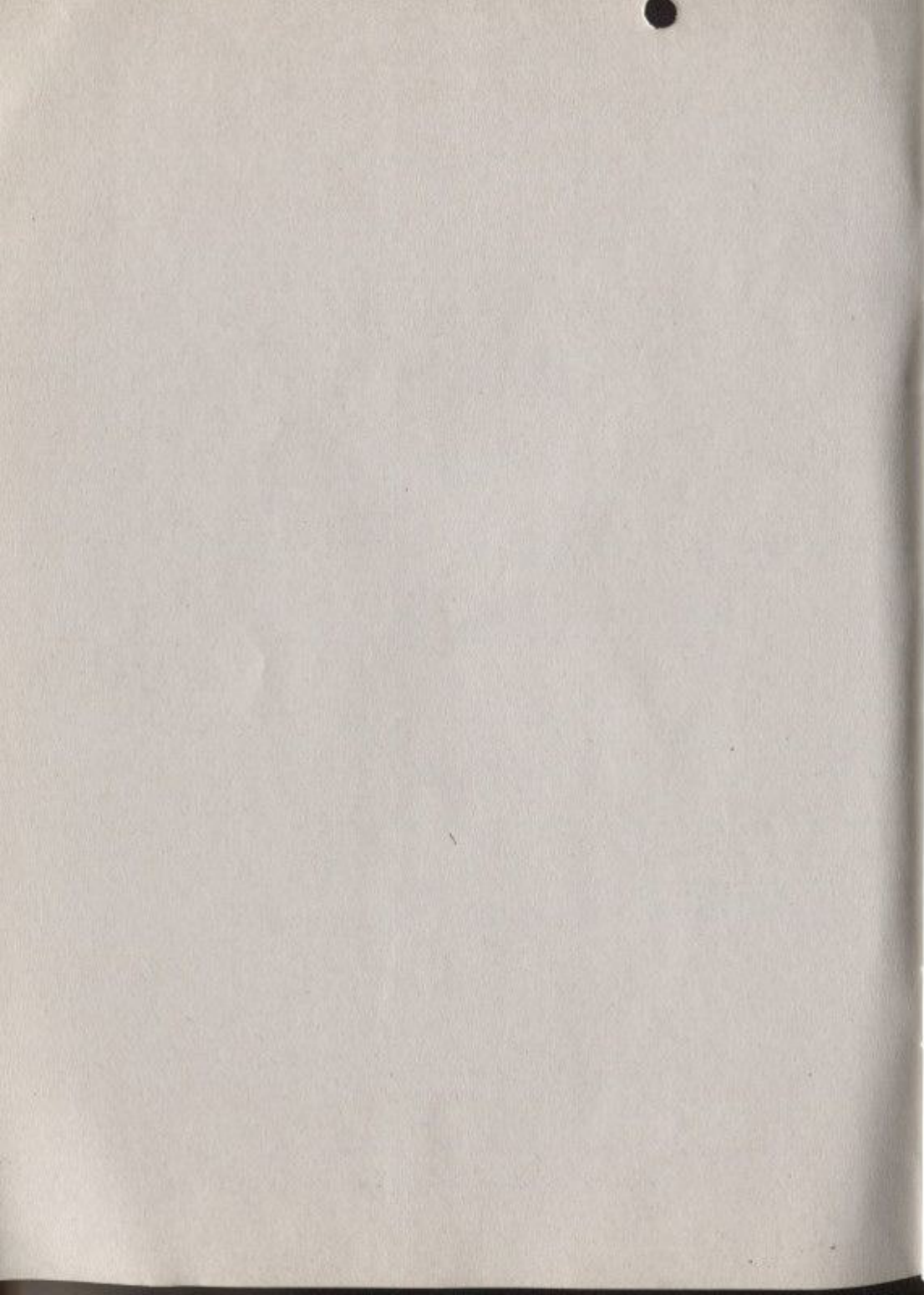
Bürgerliste Salzburg-Land (Grüne)
SALZBURG IN EUROPA
DENKANSTÖSSE ZUR LANDTAGSWAHL 89

Impressum:

Herausgeber, Verleger, Medieninhaber: Bürgerliste Salzburg-Land (Grüne), Haydnstr. 2/1, 5020 Salzburg
Herausgegeben in Zusammenarbeit mit der Grünen Bildungswerkstatt. – Satz/Datenübernahme, Fotosatz-
belichtung: Fotosatz Rizner, Salzburg – Druck: Offsetdruck Ringler, Salzburg

Bürgerliste Salzburg-Land (Grüne)

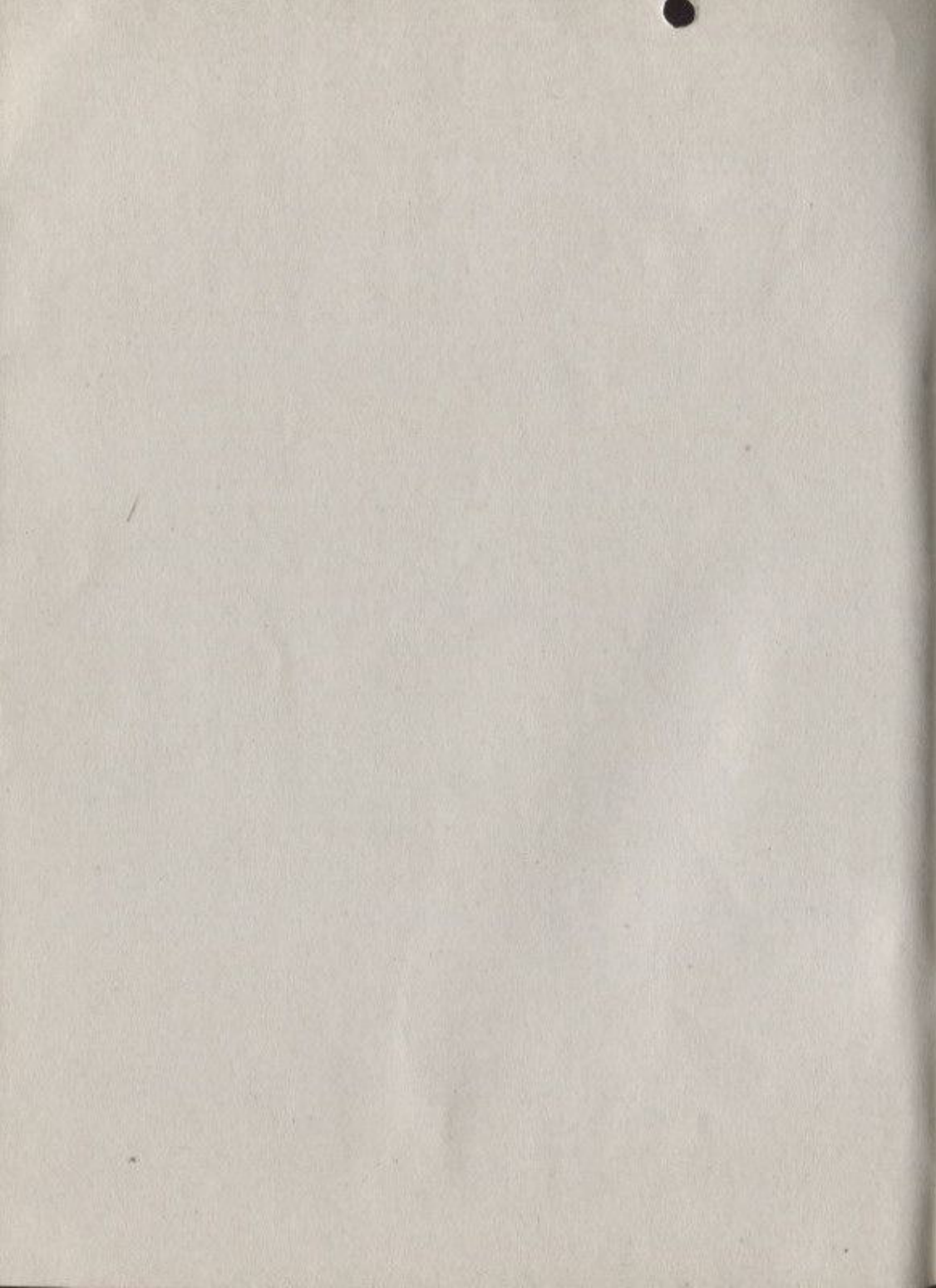
SALZBURG IN EUROPA
DENKANSTÖSSE ZUR LANDTAGSWAHL 89



Inhaltsverzeichnis

Seite

Einleitung	7
Wohin werden diesmal die Weichen gestellt?	9
Die Ganz-Große-Koalition der EG-Befürworter	9
Diesmal geht es um viel	10
Salzburg in der EG, wie lebt es sich da?	11
Anschluß an die Atomunion?	12
Nahversorgung ade	12
Noch Bauern in Salzburg?	13
Was geschieht mit dem Lungau, Pongau, Oberpinzgau	15
McDonalds' Europe	15
Oder direkte Zusammenarbeit zwischen Essern und Bauern	16
Regionale Umbaufonds	17
Was wächst wohl in EG-Salzburg?	17
Ein Rückschritt der Demokratie um 100 Jahre	18
Mut machen zur Veränderung	20
Eine Koalition der Wachen im Land	20
Oder mit der FPÖ in einen Binnenmarkt ohne Demokratie	21
Mut machen zur sachgerechten Einmischung	21
... zum Beispiel gegen den Transitwahnsinn	22
Konstruktive Opposition gegen die Transitlewlawine	23
Sachzwänge schaffen zur Verringerung des Transitverkehrs	24
Nahverkehr: heute den Stau von morgen erzeugen	26
Autogerechte oder menschengerechte Stadt	26
Frauen mischen sich in ihre Angelegenheiten ein	27
Gewalt gegen Frauen in Salzburg	29
Hinter uns die Müllflut?	30
Sackgasse Müllverbrennung	30
Welcher Wegweiser gilt: Wachstum und Profit?	31
... oder Gleichgewicht und Solidarität	31
Müll vermeiden und trennen	31
Für eine Wende in der Energiepolitik	32
Mit der EG für Wackersdorf?	32
Ökologisch verantwortliche Energiepolitik	33
Umweltschutz: Solange die Großen dürfen	34
Salzburgs Politiker: Flucht aus der Verantwortung	35
Bei den großen Umweltschädigern beginnen!	35
Demokratie in den Landtag hineintragen!	36
Der Sinn von Opposition: Alltagsdemokratie	36
Flieden in die EG? Oder weltoffen und eigenständig leben	37
»Die EG reif machen für Salzburg«	38
In der Tradition von Zwentendorf	39



»Wer will, daß die Welt so bleibt, wie sie ist, der will nicht, daß sie bleibt.«

Erich Fried



Die Katastrophen müssen nicht mehr vorausgesagt werden – sie finden bereits statt. Und wir üben uns darin, sie zu verdrängen. Das Waldsterben, die Verseuchung von Grundwasser und Meeren, die Überhitzung des Planeten als ökologische Katastrophe. Die Nötigung unserer Kinder durch elektronische Medien und Computer als pädagogische Katastrophe. Die anhaltende Entwicklung der Wirtschaft zur »Zweidrittel-Gesellschaft« als soziale Katastrophe.

Gegen diese katastrophalen Entwicklungen ist Widerstand angesagt. Nur: Was hindert uns daran, gemeinsam verantwortungsbewußt zu handeln, so verstanden politisch zu handeln? Politik bedarf der Analyse des Bestehenden und bedarf der Philosophie,

aus der Visionen entstehen. Politik in Salzburg – und nicht nur hier – ist geprägt von argem Mangel an beidem.

Wir gehen daran, dieses riesige Defizit zu verringern. Mit dieser Broschüre aus Anlaß der Landtagswahl 1989 legen wir kein Programm vor, keinen »Großen Gesellschaftsentwurf«. Vielmehr legen wir eine Aufforderung vor zum Mitdenken, Mithandeln, Sich-einmischen. Eine Aufforderung an alle, die Demokratie in diesem Land stattfinden lassen und sich daran beteiligen wollen.

Zwei Problemkreise sind es, die wir in den Vordergrund stellen, um daraus für viele gesellschaftliche Bereiche Konsequenzen abzuleiten: Die fortschreitende Konzentration in der Wirtschaft und die damit verbundene Abhängigkeit der Politiker von »der Wirtschaft« erfährt durch den von allen Parteien geforderten EG-Beitritt eine Beschleunigung. Dies ist der eine Ansatz. Der andere ist das sich wahnwitzig entwickelnde Verkehrswesen (auch) als eine Folge der wirtschaftlichen Konzentration und als Ursache vielfältiger Zerstörungen.

So gering vielen die Möglichkeit erscheinen mag, die verheerende Entwicklung zu wenden, die Möglichkeit ist vorhanden. Davon gehen wir aus. Gegenwärtig aber gibt es im Salzburger Landtag keine Kraft, die diese Möglichkeit wahrnimmt.

Und wenn nach dem 12. März Vertreter/innen der **Bürgerliste Salzburg-Land (Grüne)** im Landtag sein werden, wäre es eine Überschätzung und Fehleinschätzung, von diesen allein die Änderung zu erwarten. Dazu bedarf es einer dauerhaften Koalition lebendiger Art, der Koalition zwischen Bürgerinitiativen, initiativen Bürgern und Gewählten, um gemeinsam Zerstörerisches zu verhindern und gemeinsam die Lebensverhältnisse bewußt zu gestalten.

Dazu wollen wir mit den folgenden Gedanken den Anstoß geben. Ich er-
suche Sie, mitzuwirken.

Bei Erich Kitzmüller bedanke ich mich für die intensive Mitarbeit am
Zustandekommen der Broschüre.

Christian Burtscher

Salzburg in Europa – weltoffen und eigenständig

In den kommenden Jahren werden so oder so die Weichen gestellt. Soll für uns alle das Leben noch mehr angepaßt werden an das Kalkül: Wie können wir noch mehr kaufen und verkaufen, wie können wir uns auf Märkten besser verkaufen? Soll Salzburg (und ganz Österreich) noch direkter »angeschlossen« werden?

Oder (das ist der bisherige Weg) soll der Machtfilz möglichst ungestört weitermachen dürfen? Ungestört von äußerer Konkurrenz – der Binnenmarkt der 320 Millionen! – ungestört auch vom Widerstand der mißbrauchten Bürger in Stadt und Land?

Wohin werden die Weichen gestellt?

Oder, und das ist für uns die Alternative, wollen wir uns den Problemen aktiv stellen, die von außerhalb der Landesgrenzen uns einholen, und wollen wir zugleich im Land selber dem Machtfilz und seinen Mißbräuchen Widerstand leisten? Darum geht es in den Wahlen dieses Jahres.

Die neue Lage ist sozusagen über Nacht entstanden durch die Kampagne für den sofortigen Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft. Die Stimmungsmache um den EG-Beitritt hat überall im Land falsche Fronten aufgerissen:

Als ob alle Probleme unwichtig würden gegenüber dem Problem des EG-Binnenmarkts! Als ob Sein oder Nichtsein vom raschen Beitritt zur EG abhängen. Als ob auf der einen Seite die verantwortungsbewußten, um eine lebenswerte Zukunft besorgten Verfechter eines wirtschaftlichen Aufschwungs, auf der anderen Seite verantwortungslose, hinterwäldlerische Pessimisten streiten.

Verdächtig wird jede Warnung vor Schattenseiten der EG, jede Initiative, die hier und jetzt im Land Änderungen verlangt und sich nicht mit dem Streit um den EG-Beitritt ablenken läßt.

Die Ganz-Große-Koalition der EG-Befürworter

Eine **Ganz-Große-Koalition der EG-Befürworter** ist da am Werk, und auch die FPÖ, die sich gern als konsequente Opposition aufspielt, ist da ganz vorne mit von der Partie. Politik (ohnedies von den drei etablierten Parteien immer mehr als »Politik der Gefühle« betrieben) ist heute vor allem eine Politik mit der künstlich angeheizten EG-Euphorie und mit der ebenso künstlich angeheizten Torschlußpanik vor einer Zukunft ohne »Anschluß«.

So war es bis etwa in den Herbst des vorigen Jahres. Aber seither beginnt der EG-Euphorie wie einem angestochenen Ballon die Luft auszugehen. Eine überraschend vielfältige Widerstandsbewegung rührt sich. Menschen in den unterschiedlichsten Interessenslagen und mit unterschiedlichsten Parteiloyali-

täten lassen sich nicht mehr vom Beitrittsgerede einlullen. Die Ganz-Große-Koalition der EG-Anschließer beginnt zu zerbröckeln.

Sie müssen sich immer drängenderen Fragen der kritischen Bürger stellen: Wie steht's mit den Schattenseiten der EG? Wäre eine EG-Mitgliedschaft überhaupt mit Österreichs Neutralität vereinbar? Wäre sie nicht ein Rückschritt im Föderalismus und überhaupt ein Rückschritt an Demokratie? Ist schon das Beitritts-gesuch eine den Österreichern aufgezwungene Selbstaufgabe?

Das ist die neue Lage im Wahljahr 1989. Eine vielfältige und kritische Widerstandsbewegung ist im Entstehen. Längst geht es schon nicht mehr um das Absenden eines Beitritts-gesuchs. Kritische Bürger wollen sich nicht ver-trösten lassen auf den Anschluß. Wohin soll denn, so beginnen in Stadt und Land immer mehr Menschen zu fragen, die Reise überhaupt gehen? Die drängenden Probleme in Salzburg dulden keinen Aufschub.

Die **Bürgerliste Salzburg-Land (Grüne)** versteht sich als Teil dieser vielfältigen und kritischen Opposition. Wir lassen uns nicht ablenken durch die trügerische Hoffnung auf einen Anschluß, auch nicht auf »Verhandlungen mit Brüssel«. In den kommenden Jahren, in der Funktionsperiode des nächsten Landtags also, werden wesentliche Weichen gestellt werden, so oder so. Jetzt geht es darum, daß die kritischen Bürger sich zusammentun und im Land selber die politischen Änderungen erzwingen, die längst überfällig sind.

Diesmal geht es um viel

Noch kann der Salzburger Landtag mitreden. Dieses Mal noch können die Salzburger demokratisch mitreden, wenn sie wollen. Noch. In der EG wäre das andes. Dann heißt es: Schluß mit dem Föderalismus. Dann entscheidet über vieles ein Ministerrat im fernen Brüssel. Ohne Parlament. Ohne den Nationalrat in Wien. Ohne den Salzburger Landtag. Ohne die Salzburger.

So möchten es die drei etablierten Parteien. Alle drei reden nur mehr vom EG-Anschluß. Wie günstig, wie notwendig, wie eilig der Anschluß sei. Von der Aushöhlung der Demokratie in der EG und durch die EG reden sie nicht. Das verschweigen sie.

Eine wirtschaftlich befriedigende Zukunft, die gibt es angeblich nur mehr als Teil des Großen Markts. Darin sind sie sich alle einig: Die Wirtschaftspartner, die Große Koalition samt der FPÖ. Und so auch in Salzburg: Eine **Ganz-Große-Koalition der EG-Betreiber.**

Sie ver-trösten uns: Alles, alles wird durch den Anschluß besser werden. Die große Lebensfrage, die Überlebensfrage, das wäre allein der Anschluß. Andere Lebensfragen, die wahren Lebensfragen, sind die auf einmal verschwunden? Nach dem Wollen der Landtagsparteien sollen sie verschwin-den, versinken hinter dem EG-Anschluß.

Was bedeutet es, wenn die Salzburger SPÖ angesichts der in der Bevölke-

zung zunehmenden Bedenken von der Optik der EG-Partei abzurücken versucht, aber die Bundespartei an dem vorgegebenen Kurs »möglichst rasch hinein in die EG« weiter mitmacht?

Das Beitrittsgerede ist ein ungeheuerliches Ablenkungsmanöver. Abgelenkt wird von den drängenden Lebensfragen. Die stellen sich schon heute, und nicht erst in fünf oder zehn Jahren – frühestens dann erst nämlich wird in der EG überhaupt ernsthaft über eine Erweiterung verhandelt werden, wird frühestens ein Beitritt Österreichs spruchreif. Und werden dann die Lebensfragen Salzburgs und Österreichs leichter zu lösen sein? Können, dürfen wir solange zuwarten?

Salzburg in der EG?

Wie lebt es sich da?

Salzburg nach den Vorstellungen der drei alten Landtags-Parteien, wie lebt es sich da? Salzburg, angepaßt an die EG; Salzburg, mit Hoffnung oder Angst auf den EG-Beitritt fixiert, wie lebt es sich da?

Salzburg als Teil der EG heutigen Zuschnitts, das heißt vor allem:

Noch viel mehr Transitverkehr. Und das meiste davon über Österreichs Straßen. Salzburg ist (neben Tirol) der Abgasschlucker der EG (siehe die Tabelle im **Kasten**). Als ob nicht schon heute der Straßentransit im Dienst des Großen Markts viel zu viel wäre für unsere Täler und ihre Menschen.

Die Bürgerliste Salzburg (Grüne) meint, und das meinen viele im Land: Gegen den mörderischen Transitverkehr muß sofort gegengesteuert werden. Da hilft kein Warten auf den EG-Anschluß. Der vervielfacht nur die Probleme statt Abhilfe zu bringen. Wir wollen im Landtag wie in den Gemeinden mit allen zusammenarbeiten, die den Straßentransit rasch und wirksam verringern wollen.

Salzburg in der EG, das heißt noch hemmungslosere **Auslieferung an die Auto- und Straßenbaulobby.** Ungehemmt und sogar ungewaschen, also auch mit neuen Autos ohne Katalysatoren. In der EG haben sich die Konzerne mit den schlechtesten, vermeintlich »billigsten« Umweltstandards durchgesetzt. Zu diesem Zweck also sollen wir uns mit den Landtagsparteien auf den Weg machen, hinein in die EG?

Dann endlich ist **Salzburg die autogerechte Stadt**, auf die der herrschende Polit- und Interessensfilz ja schon seit Jahren hinarbeitet. »Europareife«, wie sie sie verstehen, das ist die Garage unter der Salzach. Noch mehr Verkehr anreizen, noch mehr Stau produzieren.

Aber freilich: da läßt sich auf Kosten der Steuerzahler und der mitleidenden Stadtbewohner an den Garagenbauten gut verdienen. Noch besser, noch langfristiger verdient wird am Stau, denn der zwingt ja zu noch mehr unnützer Arbeit und Geldvergeudung für noch mehr Verkehrsanlagen jeder Art.

Die Bürgerliste Salzburg-Land (Grüne) meint, und viele in Stadt und Land

meinen das auch: Das autogerechte Leben ist kein menschengerechtes Leben. Aus diesem Grund wollen wir mit allen im Land zusammenarbeiten, die eine menschengerechte Verkehrspolitik, und das heißt auch eine umweltschonende Entwicklung des Verkehrs, zustandebringen wollen.

Anschluß an die Atomunion?

Salzburg, von den Landtagsparteien in die EG hineinmanövriert, das bedeutet auch den **Anschluß an die Atomunion**. Sie ist ein zentraler Teil der EG. Warum verschweigen das die Befürworter? Das österreichische Volk hat durch die Zwentendorf-Abstimmung das Atomsperrgesetz herbeigeführt. In der EG versucht die militärische und zivile Atomindustrie ihr Ausbauprogramm trotz wachsenden Widerstands durchzuziehen. Sollen wir den großen Binnenmarkt zuliebe stillschweigend das Atomsperrgesetz außer Kraft setzen? Soll Salzburg auf dem Umweg über Brüssel Wackersdorf stützen?

Die Atomunion, das ist das Europa nicht, das wir meinen. Viele Salzburger in verschiedensten Gruppen und in allen Parteien haben die radikale Gefährdung speziell durch die bayrische Plutoniumfabrik erkannt. **Die Bürgerliste Salzburg Land (Grüne)** versteht sich als ein Zweig dieser parteiungebundenen und weitverzweigten Widerstandsbewegung.

Wir wollen mit allen anderen Zweigen der Antiatombewegung hier im Land wie auch jenseits der Landesgrenzen zusammenarbeiten im Widerstand gegen Wackersdorf und Temelin und die Atomkraftwerke überall. Zusammenarbeiten aber auch für eine **Kehrtwendung in der Energiepolitik**, die uns durch vernünftigen und kostenbewußten Umgang mit Energie teure und schädliche Kraftwerke und Plutoniumfabriken erspart.

Nahversorgung adé

Mit den etablierten Landtagsparteien Hals über Kopf hinein in die EG, wie lebt es sich dann in Salzburg? Vom Binnenmarkt schwärmen sie alle, wir aber wollen genauer hinsehen. Das tun wir auf jeder Seite dieses Anstoßes zu wichtigen Lebensfragen. Wie sieht es beispielsweise mit der alltäglichen **Nahversorgung** aus?

Hier sind besonders deutlich die Schattenseiten einer Entwicklung spürbar, die mit einem EG-Beitritt nur noch verschlimmert und beschleunigt würde. Ein gigantischer Verdrängungskampf vernichtet tagtäglich viele kleine und mittlere Gewerbe- und Handelsunternehmen, vernichtet so Beschäftigung und Einkommen. Verdrängt werden sie von einigen wenigen Großmärkten, die selber nur unbedeutende Filialen von riesigen Handelskonzernen sind.

Ob diese Filialen in Freilassing oder Salzburg stehen, in jedem Fall sind das Kapital ebenso wie die Unternehmensplanung ferngesteuert. Oder glaubt jemand, daß die Gewinne in Salzburg bleiben? Und was tun die Salzburger

Interessensvertretungen? Sie schauen bei diesem Ausverkauf untätig zu. Sie bejammern das Sterben der kleinen und mittleren Unternehmungen, das sie selber durch den eiligen EG-Beitritt noch beschleunigen.

Die Großen verdrängen die Kleinen: Das trifft nicht allein Gewerbe und Handel. Es trifft buchstäblich uns alle, besonders auch als Verbraucher. Die multinationalen Großmärkte überschwemmen uns mit Lockangeboten und Verpackungszauber. Sie verwandeln uns Verbraucher in Anhängsel von Agrarfabriken. Ihr Ausstoß an industriellen Nahrungsmitteln, die in der EG beispielsweise nicht den Vorschriften des österreichischen Lebensmittelrechts unterliegen, verringert den Zugang zu bekömmlicher und naturnaher Nahrung.

In dieser Art von Binnenmarkt wird eine noch größere Müllawine losgetreten. Noch größere Verkehrsdistanzen müssen für den Warentransport wie für den Einkauf überwunden werden.

Wie so oft, sind auch im Sterben der kleinen Nahversorgungsunternehmen gerade die sozial Schwächsten am meisten betroffen: Die größeren Entfernungen treffen die Armen, aber auch die Gebrechlichen oder Alten, die Nichtmotorisierten und die abseits der Ballungszentren lebenden Verbraucher am stärksten. All das ist in den EG-Ländern schon heute schneller im Gang als bei uns. Im ersehnten Binnenmarkt wird das Sterben der Nahversorgung noch mehr beschleunigt. Dorthin also steuern uns die Landtagsparteien unter der Fahne: »EG-Beitritt, ja bitte«.

Die Bürgerliste Salzburg-Land (Grüne) will mit allen zusammenarbeiten, die nicht das kleine und mittlere Gewerbe und die Nahversorgung den großen Konzernen und Handelsketten opfern wollen. Dafür ist sogar mit den heute schon bestehenden rechtlichen Instrumenten einiges zu tun: Das Salzburger Raumordnungsgesetz¹ muß konsequent gegen die »Großmärkte auf der grünen Wiese« angewendet werden.

Auch ohne EG-Beitritt wird Salzburgs Wirtschaft einem immer noch schärferen Konkurrenzdruck ausgesetzt sein. Aber die Salzburger sollen die Wahl haben. Beispielsweise zwischen »billigen«, aber mit unverantwortlichen Methoden produzierten, aus Steuergeldern finanzierten (zwecks Vernichtung der Überschüsse!) und oft mit fragwürdigen Inhaltsstoffen und Verpackungen versehenen Nahrungsmitteln aus den EG-Agrarfabriken und bekömmlicher Nahrung von verantwortungsvoll wirtschaftenden Salzburger Bauern.

Noch Bauern in Salzburg?

Aber wird es dann überhaupt noch Bauern in Salzburg geben? Und wie werden sie in der EG leben? Wie lebt es sich in der EG überhaupt in den ländlichen Regionen abseits der Ballungszonen?

¹ Nach § 12 ROG dürfen Einkaufszentren mit mehr als 500 m² nur mit Genehmigung der Gemeindevertretung errichtet werden.

Nur die Hälfte der Bauern Österreichs kann hoffen, die EG-Agrarpolitik zu überleben. In Salzburg haben nur wenige die Voraussetzungen, um im Wettlauf der Industrialisierung der Landwirtschaft mithalten zu können. Wer kann es schon aufnehmen mit den Milch- und Fleischfabriken, die in Hafenstädten (oder sogar auf Hochseeschiffen, wie geplant) auf der Basis von künstlich billig gehaltenen Futtermittel aus Afrika und Amerika gleich das verzehrfertige Endprodukt (samt Verpackungsmüll) in die weltweiten Handelsketten einspeisen.

Durchschnittliche Betriebsgrößen in der EG 1985

	EG	BRD	NL	Österreich
Rinder	36	34	69	16,6
Milchvieh	17,8	15,1	39,4	6,6

In der EG haben Bauern und Konsumenten mit der gleichen Art von Agrarpolitik zu leben wie bei uns, unwirtschaftlich und lebensfeindlich, und im Vergleich zu Österreich mit noch ausgedehnteren Schadensfolgen. Alles ist ausgerichtet auf die industriell organisierte Profitvermehrung, nicht auf die Bewahrung von bäuerlicher Existenz und auf die Bekömmlichkeit der Nahrung. Mit noch mehr Steuergeldern werden noch größere Überschüsse angehäuft, kostspielig eingelagert, teilweise irgendwohin verschleudert und zuletzt der Rest »aus dem Markt genommen«, sprich: vernichtet. Für die Subventionierung dieser unsinnigen Agrarpolitik wendet die EG (über einen Garantiefonds EAGFL) rund 400 Milliarden Schilling jährlich auf.

Die Bauern werden einem politisch erzeugten Sachzwang unterworfen: Immer kostspieligere Investitionen, Chemisierung und Monokulturen werden als notwendig hingestellt, und so wird eine immer schärfere Abhängigkeit von Fernvermarktern, »Beratern« und Kreditgebern unvermeidlich.

Weltweit verdrängt ein multinational organisiertes Agrobusiness die Bauern, enteignet sie zu Grundstofflieferanten ohne Marktrecht und ohne produktive Eigenständigkeit. Die Landwirtschaft wird ganz buchstäblich bodenlos: Schon sind in norddeutschen Bezirken die Preise für landwirtschaftlich genutzte Flächen im Sinken.

Die Giganten der Agrarindustrie konzentrieren alles einerseits auf ihre Patente an gentechnisch manipulierten Pflanzen und Tieren samt den dafür nötigen Apparaten und Chemikalien, andererseits auf weltweit durchgesetzte Werbemarken und Vertriebswege des »industriellen Fernfraßes«. Für bäuerliches Wirtschaften ist da immer weniger Platz, ebensowenig für herkömmliche und geschmackvolle Lebensmittel.

Das ist das Europa nicht, das wir wollen. Wir wollen nicht ein Land wer-

den, in dem die Bauern von heute künftig im Sommer auf Golfplätzen den Rasen mähen und im Winter in Touristenhotels Teller waschen.

Und niemand soll sagen, das treffe ja »nur« die paar Prozent der Bauern.

Erstens zerstört der Ruin der bäuerlichen Landwirtschaft durch das EG-Agrarbusiness auch die ländlichen Regionen insgesamt. Was immer die Vorteile eines EG-Binnenmarkts für Ballungszonen mit »neuer« Industrie und allerlei Dienstleistungen sein mögen, die überwiegend ländlichen Regionen sind in den EG-Ländern im Abstieg. Das ist ein zugleich wirtschaftlicher und kultureller Abstieg.

Was geschieht mit dem Lungau, Pongau, Oberpinzgau?

Während in den letzten Jahrzehnten bei uns trotz Bauernsterben doch auch in ländlichen Regionen ein vielfältiger kultureller und wirtschaftlicher Aufschwung möglich war, gerade auch in ländlichen Zentralorten mit etwa 5.000 oder 10.000 Bewohnern, veröden in der EG auch diese Zentralorte. **Soll das die Zukunft sein für Tamsweg, St. Johann, Zell am See? Nur viel größere Orte, groß genug für Filialen der multinationalen Handelsketten, können in einem Binnenmarkt nach Art der heutigen EG überleben.**

Zweitens wird im Wettlauf zur Industrialisierung der Landwirtschaft ganz besonders intensiv unser aller natürliche Lebensgrundlage ruiniert. Während eine naturnahe Landwirtschaft uns Trinkwasser, Atemluft, tragfähige Böden, stabile und vielfältige Landschaft sichert, läßt das Agrobusiness nach kurzen Perioden hektischer Ausbeutung künstliche Wüsten zurück. Die gleiche Verwüstung bewirkt der harte Tourismus, der aus Salzburg und den anderen Alpenregionen die Urlaubszone für hunderte Millionen in den Ballungszonen der EG machen möchte. In dieses Europa also wollen die Landtagsparteien uns hineinmanövrieren?

Drittens werden mit dem Ruin der bäuerlichen Landwirtschaft vor allem auch die Konsumenten geschädigt. Ihnen bringt der EG-Agrarmarkt einen zweideutigen Fortschritt:

Einerseits eine Schwemme von billiger, industriell produzierter und verpackter Massenware von Gurken mit genormter Krümmung bis zum aufwendig beworbenen, modegerechten Fertigericht.

McDonalds' Europe?

Andererseits werden die Verbraucher noch radikaler von den Herstellern ihrer Nahrung getrennt, denn zwischen sie schieben sich multinationale Unternehmungen wie McDonalds, Unilever, Jacobs. Diese weltweit operierenden Vermarktungsmächte können zusammen mit den großen Agrarindustrien Standards einer zweifelhaften Qualität durchsetzen, vor allem bedenkliche Inhaltsstoffe, täuschende und unvollständige Bezeichnung des Inhalts und schädlichen Verpackungsabfall.

Für die Esser wie für andere Verbraucherinteressen findet gemeinschaftliche Politik in der EG nicht statt, und zwar noch weniger als in der Republik Österreich. Der Wunsch nach zuträglicher, geschmackvoller und in all dem verlässlich kontrollierbarer Nahrung wird immer weniger in direktem Anspruch oder über Nahversorgungsketten an die Bauern herangebracht.

Umgekehrt gelingt es den Bauern nicht, den Essern und Konsumenten die eigene Lage klar zu machen. Die Bauern lassen sich immer noch mehrheitlich von falschen Interessensvertretern einreden, ihr Interesse wäre das Mitmachen in der industrialisierten Überschußproduktion.

Ein feindseliges Nebeneinander von Bauern und Essern, zusammengehalten und ausgenutzt vom multinationalen Agrobusiness (mit dem Raiffeisenkonzern als kleinem Partner), das ist das Europa nicht, das wir wollen.

Oder direkte Zusammenarbeit zwischen Essern und Bauern!

Die Bürgerliste Salzburg-Land (Grüne) will mithelfen, eine möglichst direkte Zusammenarbeit zwischen Essern und Bauern herbeizuführen. Nicht gegeneinander (wer kann wen übervorteilen), sondern nur miteinander können bäuerliches Existieren und bekömmliche Nahrung gesichert werden.

Dazu gehören kulturelle Initiativen ebenso wie wirtschaftliche. Bauern befreien sich aus der Abhängigkeit von Großkonzernen, die das Wort »Genossenschaft« mißbrauchen. Sie hören auf, sich als abhängige Grundstofflieferanten ausnutzen zu lassen. Die Tauern-Lamm-Genossenschaft ist dafür das überzeugende Beispiel. Sie erzeugen in eigener Verantwortung, und sie erzeugen womöglich das Endprodukt für die Esser, in möglichst direktem Kontakt mit der Nahversorgung und den Essern selber. Ansätze zur Direktvermarktung, auch wenn sie heute lächerlich winzig erscheinen, sollen konsequent gefördert werden.

Es mag nicht populär sein: Die etwas teureren Erzeugnisse aus einer ökologisch verantwortungsvollen, nichtindustriellen Landwirtschaft können nicht allein gesünder und geschmackvoller sein, sondern sind auch insgesamt eindeutig kostengünstiger, sobald eine faire Rechnung alle Folgekosten des industriellen Fernfraßes einfordert.

Dieser Weg ist für die Konsumenten wie für die Bauern überall der bessere, ja der einzig verantwortbare. Das gilt für die EG ebenso, wie für die außerhalb der EG verbleibenden Länder. Unsere Vorschläge stimmen daher gut zusammen mit den Vorschlägen verantwortungsvoller Bauern und Verbraucher auch in EG-Ländern. Mit ihnen über die Grenzen hinweg Bündnisse einzugehen, ein Bündnis zwischen Bauern und Essern, das ist das Europa, das wir anstreben.

Nicht der Anschluß an eine EG heutigen Zuschnitts kann den jetzt schon benachteiligten Regionen Salzburgs (Lungau, Pongau, Oberpinzgau) einen

Neuanfang bringen. Hier wie vor so vielen anderen Problemen schieben die Landtagsparteien (ebenso wie im Bund die Große Koalition) nur die Verantwortung vor sich her und erfinden Ausreden.

Regionale Umbaufonds

Den benachteiligten Regionen Salzburgs kann nur durch eine in der Region selber organisierte, von Land und Bund finanzierte Regionalförderung geholfen werden. Viele Aufgaben der ökologischen Wiederherstellung verpfuschter Landschaften und Ortsteile sind anzupacken. Der nicht länger aufschiebbare ökologische und soziale Umbau soll durch **regionale Umbaufonds** organisiert werden. **Die Bürgerliste Salzburg-Land (Grüne)** will mit allen zusammenarbeiten, die diesen Weg zu regionaler Eigenständigkeit einschlagen.

Wie lebt es sich in Salzburg, wenn das Land nach dem Willen der etablierten Landtagsparteien an die EG angeschlossen wird? **Was bleibt dann von der Demokratie?**

Die Antwort läßt sich nicht allein in Schilling und DM geben. Die versprochene Verbilligung vieler Konsumentenpreise, die versprochenen Steigerungsraten von Produktion und Umsätzen (einmal angenommen, die Versprechungen werden eingelöst) garantieren noch kein lebenswertes Leben. Unter welchen Zwängen gearbeitet wird, wie frei und friedlich wir zusammenleben können, darüber entscheiden wir vor allem anderen durch die Qualität der Demokratie.

Was soll denn da in »Salzburg in der EG« wachsen, was soll schneller umgesetzt werden, was soll billiger werden?

Werden mehr Abfall oder mehr nützliche Werkzeuge erzeugt? Werden nur immer mehr billiger Ramsch, schädliche Inhaltsstoffe und trügerische Werbesignale umgesetzt?

Was wächst wohl in EG-Salzburg?

»Wachsen« Einkaufszentren auf der grünen Wiese unter der Fernkontrolle multinationaler Giganten? Wachsen die Entfernungen und die Benachteiligung der sozial schwächeren Verbraucher? Oder wachsen die Qualität der Nahversorgung und zugleich die Existenzmöglichkeiten für verantwortungsbewußt wirtschaftende Bauern.

Heißt »Europareise«, daß die Abfalllawine noch schneller anwächst? Oder heißt Europa für uns, daß schon in der Produktion und im Vertrieb weniger Abfall und weniger giftiger Abfall in die Welt eingesetzt wird?

»Wächst« die Verkehrsverstopfung in Salzburg? Werden die Alpentäler noch mehr zu vergifteten LKW-Fließbändern? Oder werden der Verkehrswirtschaft Grenzen gezogen und Aufträge gegeben, so daß eine lebensscho-

nende Beweglichkeit gefördert wird? Bleibt die Salzach ein Abwasserkanal oder kann sie wieder zum lebensspendenden Fluß werden?

»Wachsen« die ausgegrenzten und verelendenden Gruppen, wächst eine Zweidrittelgesellschaft? Oder wächst ein friedliches Miteinander auf der Grundlage einer gesicherten Chance für sinnvolle Tätigkeit und Einkommen für jede und jeden?

Ob das eine oder das andere: Diese Folgen des Wirtschaftens können niemals einem Markt überlassen werden, schon gar nicht dem EG-Binnenmarkt (und ebensowenig irgend einer Bürokratie oder einem Staatsapparat). Die Lebensqualität ist vor allem anderen abhängig von der Qualität der politischen Einmischung und der politischen Institutionen, also von der Qualität der Demokratie.

Ein Rückschritt der Demokratie um hundert Jahre

Wohin uns die etablierten Landtagsparteien führen wollen, das ist ein **Rückschritt der Demokratie** um hundert Jahre. In der EG heutigen Zuschnitts schrumpft tagtäglich der Inhalt von Demokratie. Zuständigkeiten werden wegverlagert, weg von den Bürgern und ihren Gemeinden und Ländern zu einer niemandem verantwortlichen Zentralbürokratie.

Das alles geschieht, nicht weil die EG zu einem riesigen Binnenmarkt wird. Es ist kein Nachteil, daß zwischen Pongau und Lungau keine Zollgrenzen sind, und ebenso zwischen den Ländern Salzburg und Oberösterreich. Daß ganz Österreich ein Binnenmarkt ist, ist deswegen kein Schaden, weil dieser Binnenmarkt Teil einer einigermaßen funktionierenden, demokratischen Republik ist.

Das ist aber die EG nicht. Sie ist zur Zeit auf einem Weg zum Binnenmarkt ohne Demokratie. Heute heißt EG: mehr Freiheit für Waren, auch Freiheit für solche Waren, bei deren Erzeugung oder Gebrauch Lebensgrundlagen geschädigt werden und soziales Elend vergrößert wird. Eine umweltpolitische Union, eine sozialpolitische Union sind bisher (noch) nur papierene Absichten.

Die ganz gewöhnlichen Hilfsmittel einer ganz gewöhnlichen Republik fehlen (noch) in der EG. Es gibt (noch) kein Parlament, das die Regierung kontrollieren und Gesetze erlassen könnte (das »Europäische Parlament« ist eine Versammlung wie wir sie vor hundert Jahren als Vorstufe zur Republik hatten).

Ebensowenig gibt es eine dem Volk in Wahlen verantwortliche Regierung. Der Ministerrat, der die Gesetze beschließt (oft mit Stimmenmehrheit, also ohne Vetorecht der Mitgliedsstaaten) ist weder dem Europäischen Parlament noch den nationalen Parlamenten Rechenschaft schuldig. Praktisch wird der Inhalt der unzähligen Rechtsnormen hinter dem Rücken der Öffentlichkeit von tausenden Lobbyisten der Interessensverbände zusammen mit nationalen und Brüsseler Bürokraten festgelegt.

Kein Wunder also, daß im entstehenden EG-Binnenmarkt solche Produkte und solche Unternehmungen sich leichter durchsetzen, die ohne Rücksicht auf Umweltschäden oder soziale Schäden den größten Profit abwerfen. Kein Wunder, daß das Bauernsterben rapid weitergeht und »McDonald's« die regional angepaßte, naturschonend produzierte Nahrung verdrängt.

An diesen verschlechterten Lebensqualitäten zeigt sich: In der EG heutigen Zuschnitts wählen die Bürger zunehmend ins Leere und gehen ihr Protest und ihre konstruktiven Vorschläge ins Leere.

Das ist das Europa nicht, das wir wollen. Ein Rückschritt an Demokratie kann kein Fortschritt der Wirtschaft sein, so wie wir Wirtschaft verstehen.

Die Bürgerliste Salzburg-Land (Grüne) will mit allen zusammenarbeiten, die im Land mehr Demokratie haben wollen, statt – in einer EG-Provinz Salzburg – sogar noch weniger Demokratie.

Heute kandidiert die **Bürgerliste Salzburg-Land (Grüne)** für den Salzburger Landtag. Aber für uns ist der Einzug in den Landtag kein Selbstzweck. Und der Landtag selber sollte kein Selbstzweck sein.

Was also ist der Kern unseres Wahlprogrammes?

Ist es die Auseinanderreihung vieler Sachprogramme, aufbauend auf vielen Sachanalysen? Auch das gehört zu unserem Programm. Aber der Kern ist es nicht. Wir sind ehrgeiziger. Uns geht es um das wichtigste. Um das, was uns im Land am meisten fehlt:

Mut machen zur Veränderung!

Mut zur Einmischung, Mut zur Veränderung, diesen Mut zu wecken und zu praktizieren, das ist für uns heute die politische Aufgabe.

Denn in allen Lebensbereichen, in allen Sachgebieten sind die Bedrohungen so übermächtig geworden, weil die Bürger/innen Salzburgs weithin entmündigt sind. Weil sie sich Schritt für Schritt haben entmündigen lassen. Entmündigt durch allmächtige Bürgermeister, durch Protektionsparteien, durch die Nutznießer eines Draufloswirtschaftens ohne Rücksicht auf die Schäden für Nachbarn, am wenigsten für unser aller Nachbar »Natur«.

Das Gegenteil von Entmündigung, die Abhilfe gegen Entmündigung, heißt Demokratie. Heißt Einmischung.

Denn Demokratie erschöpft sich nicht in formal korrekt abgewickelten Landtags- und Regierungssitzungen, in denen dem mörderischen Transitverkehr kein Riegel vorgeschoben wird, die Stadt nicht aus der Erstickung durch immer mehr rollende und noch mehr gestaute Autos befreit wird, der Müllberg nicht verkleinert wird, überall der »Greißler nebenan« durch die Genehmigung von Großmärkten auf der grünen Wiese lautlos umgebracht wird und und ...

Demokratische Einrichtungen werden erst demokratisch, wenn die von Fehlentwicklungen betroffenen Bürger/innen sich selber zu Gehör bringen, sich einmischen und sich gegenseitig Mut machen zur Einmischung.

Statt wie bisher Landtag und Regierung den Bürgermeisterparteien und kleineren Gruppen zu überlassen, die zum eigenen egoistischen Vorteil und zum Vorteil ihrer Cliquengenossen die demokratischen Einrichtungen mißbrauchen, wollen immer mehr Salzburger ihre eigenen Angelegenheiten selber in die Hand nehmen. Und dafür ist eine Koalition notwendig: hier am jeweiligen Ort der Betroffenheit die Eigeninitiative der Betroffenen, dort in Parlamenten (und womöglich auch in Regierungen) eine kompetente Vertretung der vielfältigen Initiativgruppen.

Eine Koalition der Wachen im Land

Die Bürgerliste Salzburg-Land (Grüne) will diese Koalition in Gang bringen, eine Koalition der Wachen, quer durch bisherige politische Lager und Interessensgruppen.

Davon nämlich, von der Erneuerung der Demokratie im Land, hängt es

ab, ob gegen die ökologischen und sozialen Überlebensbedrohungen sachgerechte Antworten gefunden werden. Oder ob es bei den »grünen Mascherlern« der Landtagsparteien bleibt.

Wir lassen nicht mehr zu, daß die drei Landtagsparteien die Dinge unter sich ausmachen, an den Menschen vorbei, vorbei an den sich auftürmenden sozialen und ökologischen Katastrophen. Wir lassen nicht mehr zu, daß die etablierten Parteien uns zu Zuschauern ihrer Scheingefechte degradieren: Wer wohl mehr Korruption aufweist, wem am besten der Schwarze Peter für die allgemeine Unzufriedenheit mit den Politikern angehängt werden kann, wer am besten vorspiegelt, seine Gruppe würde es ganz anders machen.

Oder mit der FPÖ in einen Binnenmarkt ohne Demokratie

Und das gilt nicht allein für die beiden Regierungsparteien, es gilt noch stärker für die Haider-FPÖ. Die FPÖ will die angeblich schneidige Opposition sein und die alten Parteien »vor sich hertreiben«. Aber die Opposition der FPÖ ist nur eine scheinbare Opposition: Die Plätze im Führerstand sollen gewechselt werden, und die Plätze im Salonwagen. Aber der Zug bleibt der gleiche, die Richtung bleibt die gleiche.

Tatsächlich fährt die FPÖ auf den gleichen Gleisen wie die jetzigen Regierungsparteien. Sie will sogar noch schneller in die gleiche Richtung fahren: hinein in den **Anschluß an einen EG-Binnenmarkt ohne Demokratie**.

Die FPÖ erlegt nur den Eintrittspreis in das alte Machtkartell, wenn sie rücksichtsloser als die beiden größeren Kartellbrüder die Wut vieler Unzufriedener mit frechen, aber folgenlosen Kraftaussprüchen bedient, wenn sie brutaler als die Konkurrenten benachteiligte Gruppen, Obdachlose, Sozialhilfebezieher, Alleinerzieher, an den Rand und in die Rolle von Sündenböcken drängt. Und sogar den seit der Kampagne für den Bundespräsidenten wieder laut gewordenen Antisemitismus für sich Stimmung machen läßt.

Das ist nicht die Opposition, die unser Land braucht. Für uns ist Opposition nicht der Kunstgriff, wie man sich in das Machtkartell hineinzwängt. In das Machtkartell, das uns in die heutigen Überlebenskrisen hineinkutschert hat und das sich als unfähig zeigt, im letzten Augenblick noch die Richtung zu ändern.

Die Bürgerliste Salzburg-Land (Grüne) verkörpert eine völlig andere Art von Opposition. Das kommt in jedem einzelnen unserer Sachprogramme und jeder einzelnen Aktion zum Ausdruck.

Mut machen zur sachgerechten Einmischung ...

Unser Land braucht eine Opposition, die dem Machtkartell die nötige Kursänderung abringt. Eine Koalition all derer, die Mut haben und Mut machen zur Einmischung. Zur Einmischung in der jeweils günstigsten Form:

Hier als lokale Bürger(innen)-Gruppe, die gegen den wachsenden Transitverkehr und die Vergiftung ihres Tals Widerstand leistet. Dort als Netz von Verbündeten – auch innerhalb der etablierten Parteien und Interessensverbände – die überall im Land und auch im Landtag auf den mörderisch anschwellenden Transitverkehr eine sachgerechte, konstruktive Antwort geben.

Beides zusammen ist die Opposition, die unser Land braucht. Das ist der rote Faden, oder besser: der grüne Faden, der alle sachlichen Anliegen und alle Sachprogramme verbindet.

... zum Beispiel gegen den Transit-Wahnsinn

Der erste Schritt ist schon getan: Niemand mehr kann es sich leisten, das Problem zu ignorieren oder unter »ferner liefen« abzuschieben. Dafür hat der Widerstand der betroffenen Anwohner gesorgt. Niemand kann es mehr ableugnen: Salzburg erstickt im Transitverkehr. Und Abhilfe kann nur durch eine politische Kehrtwendung erreicht werden.

Salzburg ist, wie Tirol, ein Gratis-Transporteur für den Binnenverkehr der EG. 20 Millionen Tonnen Güter werden jährlich auf der Straße durch Österreich geschleust, 80% davon sind aber EG-interner Transport, und vieles davon sind wirtschaftlich unsinnige Transporte, erklärbar nur aus politisch verfälschten Preisen, aus einer politisch durchgesetzten Bevorzugung der Transportwirtschaft insgesamt und der Straße gegenüber dem Schienentransport im besonderen.

Der EG-interne Transit über die Alpen hat sich verdoppelt. Während aber die Schweiz durch eine selbstbewußte und den Bürgern verantwortliche Politik ihren Anteil gleich halten konnte und dort der größere Teil über die Schiene befördert wird, lassen bei uns die politisch Verantwortlichen den Straßentransport dominieren und Österreichs Anteil am EG-Transit weiter steigern: Fast die Hälfte davon trifft schon heute Österreich.

Die Tauernautobahn wird im Salzburger Zentralraum von jährlich 10 Millionen Fahrzeugen befahren, die Scheitelsecke von viereinhalb Millionen Pkws und 400.000 Lkws. Im Ofenauer Tunnel werden tageweise fast 68.000 Kraftfahrzeuge gezählt. Aber nur an wenigen Stautagen sind die Personenwagen das Problem – insgesamt ist die Scheitelsecke der Tauernautobahn, wie auch andere Autobahnen, äußerst gering ausgelastet. Die Dauerbelastung geht von den Lkws aus. Bis knapp zehntausend täglich sind bisher gezählt worden. Bis zum Jahr 2000 soll der EG-Transit über Österreichs Straßen noch einmal um die Hälfte zunehmen. Für die Tauernautobahn wird schon für das Jahr 1997 eine Verdoppelung der Verkehrsbelastung prognostiziert. Sie würde nach einem EG-Beitritt noch größer werden.

Im Salzachtal (vom Walsberg über Hallein, Golling bis Bischofshofen), im Ennspongau und im Lungau leidet Mensch und Tier (es werden erschreckende Krankheiten der Atemwege bei Kindern wie auch bei Rindern festgestellt), es

leiden die Böden und besonders die Wälder. Der Bergwald droht laut Aussagen der Landesforstdirektion in den nächsten Jahren zu rutschen.

Aber der Widerstand hat schon begonnen. Im Frühjahr 1988 wurde der bereits gefaßte Beschluß zum Bau der 2. Tunnelröhren auf Eis gelegt. Das ist unter dem Druck von Bürgerinitiativen und der Grünen geschehen. Die Landesregierung ging (vielleicht nur vorübergehend) in die Knie, weil die ÖVP bei einem allzu willfährigen Nachgeben gegenüber der Straßenbau- und Frächterlobby den Einbruch in Stammwählerschichten befürchten mußte.

Mit dem Widerstand mutiger Initiativgruppen hat es begonnen, mit einer konstruktiven Opposition soll es weitergehen. Denn lassen wir uns nicht täuschen: Gleich nach den Landtagswahlen werden die etablierten Parteien – wenn sie nicht mehr auf die betroffenen Bürger/innen als Wähler/innen Rücksicht nehmen müssen – wieder umfallen.

Die mächtigen Lobbies, neben den Tunnelbauern und überhaupt der Bauwirtschaft auch die Autofahrerclubs, lassen sich jetzt nur mit Mühe zurückhalten. Die FPÖ, die zunächst auf die Seite der Tunnelgegner eingeschwenkt war, hat vermutlich auf Haider's Wink (»Freie Fahrt für Freie Bürger«) schon wieder umgeschwenkt auf die Seite der Befürworter.

Täuschen wir uns nicht: Mit einem vorübergehenden Stopp des Ausbaus weiterer Tunnelröhren wird noch nicht die Transit-Lawine gestoppt. Dazu braucht es mehr, im Land und darüber hinaus.

Konstruktive Opposition gegen die Transitlewne

Was kann gegen die Transitlewne unternommen werden? Auf welches Programm soll sich in den nächsten Jahren eine Koalition der Wachen im Land, die Koalition der Menschen- und Umweltschützer einigen?

Von Seite der Landtags- und Regierungsparteien wird abgewiegelt: »Seid realistisch« rufen sie uns zu. Und »realistisch« sind angeblich nur die kleinen Maßnahmen, die an der Oberfläche bleiben.

Sofort die kleinen, sofort die großen Gegenmaßnahmen starten.

Die Bürgerliste Salzburg-Land (Grüne) beteiligt sich an den kleinen Schritten zur Milderung der Transitlewne: Eine kleine Pause im Weiterbau der Autobahn, oder kleinräumige und vorläufige, schlecht kontrollierte Geschwindigkeitsbegrenzungen. Solche kleine Maßnahmen sind leichter zu beginnen und leichter durchzusetzen. Aber sie können auch leichter zum Vorwand genommen werden, von den Ursachen und von der notwendigen Politik gegen die Ursachen des Transitproblems abzulenken.

Die Interessensverfälschung zwischen den Lobbies und den Landtagsparteien bleibt tabu. Gewichtsbegrenzungen und Nachtfahrverbote, etwa wie in der Schweiz, und überwachte Geschwindigkeitsbegrenzungen, alles sofort mögliche und ebenso unaufwendige wie wirksame Schritte, unterbleiben. Der Ausbau der ÖBB, vor allem auch die Lkw-Verladung oder der Containertransport aus der BRD, Holland, Belgien, Dänemark werden weiter verschleppt.

Mit alledem werden nur die berüchtigten »Sachzwänge« geschaffen, unter denen wenig später dann »leider« ein neuer Schub an Straßenbau und zusätzlichen Begünstigungen für die Auto- und Frächterlobbies »unvermeidlich« werden.

Sachzwänge schaffen zur Verringerung des Transitverkehrs

Die Politik in der nächsten Landtagsperiode muß an den Ursachen der Transitlewne ansetzen. Politisch sollen die Weichen umgestellt werden auf einen Sachzwang zur Verminderung des Transitverkehrs:

Das Transportvolumen und die Transportwege sollen schrittweise durch eine vernünftigeren Struktur von Produktion und Konsum verringert werden. Schon das Rückgängigmachen vieler kleiner Fehlentscheidungen kann hier weiterhelfen. Einen vermeidbaren Verkehrsbedarf erzeugt beispielsweise die Genehmigung des Großmarkts »auf der grünen Wiese«, ebenso die Subventionierung von Käseexporten und vor allem eine von lächerlich niedrigen Transportkosten begünstigte Zerlegung und Aufsplitterung von Produktionsvorgängen auf viele, oft weit entfernte Standorte.

Die politische Verfälschung des Verkehrsmarktes soll politisch beseitigt werden. Die Schäden und Kosten der Transporte und besonders des Lkw-Transits müssen dort zugerechnet und abkassiert werden, wo sie verursacht werden, also bei den Frächtern und überhaupt in der Verkehrswirtschaft. Dabei müssen klare Verhältnisse gegenüber der winzigen Minderheit der Frächter und Straßenbauunternehmen geschaffen werden.

Die erste politische Aufgabe besteht hier darin, das Zusammenspiel zwischen den Lobbies und Politikern durchschaubar und damit unmöglich zu machen. Dazu gehört auch, die Willkür gegenüber sozialen Vorschriften für die Lkw-Fahrer und gegenüber Begrenzungen für Achslast, Geschwindigkeit, Lärm- und Giftausstoß mit politisch durchgesetzten Verwaltungseingriffen zu beseitigen.

Zugleich mit einer vernünftigen Drosselung des Transitverkehrs soll der größere Teil des Gütertransits von der Straße auf die leistungsfähiger und kostengünstiger zu gestaltende und weniger umweltschädliche Bahn verlagert werden.

Die Ursachen anpacken und nicht allein an den Symptomen herumfuscheln, das ist der Beitrag, den die Grünen überall und so auch als **Die Bürgerliste Salzburg-Land (Grüne)** in die Politik einbringen. Das ist kein kleinkariertes egoistisches Florianiprinzip und widerspricht nicht unseren Vorstellungen von einem weltoffenen Salzburg. Unsere Vorschläge zum Verkehr und besonders zum Frachtentransit sind grundsätzlich überall gültig und anwendbar. In Tirol und in Frankreich wie in der Schweiz – wo im Unterschied zu Österreich ja schon jetzt einiges in die gleiche Richtung getan wird – , genau so wie in Salzburg:

Die sinnlose und volkswirtschaftlich schädliche Aufblähung des Verkehrs

stoppen, vor allem durch faire Zurechnung der verursachten Schäden und Kosten.

Einen wachsenden Teil des Transits von der Straße weg auf die Bahn umlenken.

Wo soll der Kampf gegen den mörderischen Transitverkehr geführt werden? Der erste und wichtigste Ort bleibt der Lebensort der unmittelbar von Gift, Lärm und Waldsterben betroffenen Anwohner. Ihren Widerstand zu ergänzen und fortzuführen in der breiteren Öffentlichkeit und im Landtag, das ist die zusätzliche Aufgabe der **Bürgerliste Salzburg-Land (Grüne)**. In den Tälern und im Landtag, im Land Salzburg wie im Straßenbaumministerium von Robert Graf, in Österreich wie am Ursprung der Transitlawine, also in den EG-Ländern soll im gleichen Sinn an der Veränderung der Verkehrspolitik gearbeitet werden. Nur durch ein mehrdimensionales Eingreifen können die Ursachen der ökologischen Verwüstung beseitigt werden.

Niemand soll dagegen einwenden, das übersteige die Zuständigkeit einer lokalen Bürgerinitiative, ja sogar des Landtags. Glaubt irgendwer im Ernst, ohne die öffentliche Einmischung aus den Talschaften und allgemein aus den betroffenen Bundesländern würde in Österreich eine andere Verkehrspolitik begonnen, würde im Verhältnis zur EG das eigene Lebensinteresse zur Geltung gebracht? Gerade dafür müssen Landtag und Landesregierung initiativ werden.

Die Bürgerliste Salzburg-Land (Grüne) fordert ein Bündnis aller Kräfte im Land, die für die Interessen der vom Transit betroffenen Menschen und der Umwelt eintreten. Die Landesregierung soll von der Bundesregierung ein Verhandlungsmandat bekommen, damit sie – in unmittelbarem Kontakt mit der betroffenen Bevölkerung und unter ihrer Einmischung – direkt mit »Brüssel« verhandelt.

Erst die radikale Änderung der Verkehrspolitik in den EG-Ländern und in der EG insgesamt wird verlässlich auch für uns Abhilfe schaffen. Am Beispiel des Transitelends wird deutlich, was auch für viele andere Lebensbereiche zutrifft: In den kommenden Jahren werden die Lebensinteressen nur so gewahrt werden können, daß unmittelbar an ihrem Lebensort die Betroffenen Widerstand leisten und zugleich auch jenseits der Landesgrenzen durch eigenen Druck und mit Hilfe von Verbündeten die gleichen Lebensinteressen verfochten werden.

Damit wird klar – hier am Beispiel des Transitverkehrs, aber das gleiche gilt genau so für die meisten anderen Teile unseres Programms –, was für uns »Europa« bedeutet:

Eine EG, die beispielweise unser Land mit ihrem Frachttransit niederwalzt, ist nicht reif für Salzburg und damit ist auch »die EG nicht reif für Europa«.

In den kommenden Jahren wird es für uns sicherlich auch darum gehen, »reif zu werden für Europa«, doch umgekehrt werden wir mitzuhelfen haben, damit auch »die EG reif wird für Europa«.

Nahverkehr: Heute den Stau von morgen erzeugen?

Nicht allein der Transitverkehr ruiniert unsere Lebensbedingungen. Das tut auch der aufgepeitschte Nahverkehr. In der Stadt Salzburg bricht fast täglich der Verkehr zusammen. Viele leiden darunter, nicht allein die, die gerade unterwegs sind. Die Stadt erstickt in Abgasen und Lärm, in Blechhalden von geparkten und gestauten Autos. Nicht zuletzt geht die Übersäuerung der Böden und das Waldsterben (etwa auf Salzburgs Hausberg, dem Gaisberg) auf den vernunftlos angeheizten Nahverkehr zurück.

Und der Nahverkehr soll in den nächsten Jahren noch weiter aufgeheizt werden, wenn es nach dem Willen der in Stadt und Land bestimmenden Politiker geht. Autolobby, Bodenspekulanten, Baulöwen, Banken, einige reiche Innenstadtkaufleute und die mit ihnen vielfältig verfilzten Politiker der drei etablierten Parteien drängen in Richtung auf noch mehr Individualverkehr per Pkw. Ihr Ideal ist die autogerechte Stadt.

Noch mehr Autos in die Innenstadt, statt Alternativen zum Pkw in der Stadt! Die nächste Etappe ist die Salzachgarage – eine Garage unter dem Fluß. Dieser zentrale Verkehrserreger wird den Stau der Zukunft garantieren, und damit neuerliches Großgeschäft für dann unter »Sachzwang« nötige zusätzliche Verkehrsbauten.

Herbert Fux:

Reschens Unterwassergarage

»Diese Unterwassergarage richtet irreparable Schäden an, weil sie nicht nur den städtischen Individualverkehr mitten ins Zentrum holt, sondern – was noch viel schlimmer ist – den gesamten Touristenstrom.

Soll die Salzachgarage wirtschaftlich betrieben werden, müssen Hinweistafeln die Autofahrer auffordern, ins Herz der Altstadt zu fahren. Angesichts des schon herrschenden Verkehrschaos ein Wahnsinn! Schon jetzt bricht der Verkehr rund um die Staatsbrücke und Nonntaler Brücke regelmäßig zusammen...«

Das finanzielle Risiko dieses Stauerregers haben die etablierten Parteien den Steuerzahlern aufgepackt. Ein Konsortium politisch verfilzter Banken (Raika, Hypobank, Sparkasse) hat sich die profitable Finanzierung gesichert, wobei aber Stadt und Land für den 350 Millionen überschreitenden Teil der Gesamtbausumme die Haftung übernehmen.

Nahverkehr: Eine menschengerechte Stadt

Autogerechte oder menschengerechte Stadt

Nicht die autogerechte Stadt, die menschengerechte Stadt soll das Leitbild der Verkehrspolitik sein. Als Leitbild ist es von Initiativgruppen und Bürgerliste schon durchgesetzt und wird von einer Mehrheit der Salzburger akzeptiert.

Im »verkehrspolitischen Ziel- und Maßnahmenkonzept« das 1982 vom Salzburger Gemeinderat mehrheitlich beschlossen worden ist, sind für die Anteile an den Verkehrsbewegungen folgende Zieldaten bis 1990 vorgegeben:

	1982	1990
ÖPNV	19%	23%
Radfahrer	12%	20%
Fußgänger	29%	27%
Pkw	40%	30%

Diese Zieldaten dürfen nicht Papier bleiben. Wie für alle anderen Überlebensfragen ist auch dafür die politische Einmischung der Bürger notwendig. Die Bürgerliste Salzburg-Land (Grüne) hat dafür konkrete Vorschläge ausgearbeitet.

Alle Maßnahmen sollen auf eine möglichst unschädliche Beweglichkeit gelenkt werden: Eine verkehrsberuhigte, teilweise vom Autoverkehr völlig befreite Stadt, in der alle täglichen Ziele ohne nennenswerte Umwege **sicher, bequem und schnell** zu erreichen sind.

Umsteigen aufs Rad – für die körperlich Beweglicheren – und auf leistungstüchtigere öffentliche Nahverkehrsmittel, das ist die Aufgabe der nächsten Jahre.

So wenig Auto wie nötig, soviel Fahrrad wie möglich! Dafür sollen Verkehrsflächen und Finanzmittel vom Pkw weg zum Fahrrad umgeleitet werden. Der Ausbau eines Stadt und Umland verbindenden Fahrradwegnetzes ist ungleich billiger als etwa die zentrale Unterwassergarage, und vor allem trägt er zu einer umweltschonenden Beweglichkeit bei.

Parallel dazu ist das Liniennetz der öffentlichen Nahverkehrsmittel im Großraum Salzburg auszubauen und zu straffen. Die Lokalbahn soll als teilweise unterirdisch geführte Stadtbahn in den Süden Salzburgs (bis Grödig, Anif, Hallein) geführt werden. Die ÖBB-Strecke Golling-Salzburg-Straßwalchen soll ausgebaut und (vor allem im Interesse der Pendler) im Taktverkehr geführt werden.

Frauen mischen sich in ihre Angelegenheiten ein

Für viele Frauen ist die Alltagsrealität – aller Emanzipationsbewegung zum Trotz – hart und ungerecht:

$\frac{3}{4}$ der Sozialhilfeempfänger sind Frauen.

Sie sind überproportional von Erwerbslosigkeit und der »neuen Armut« betroffen. Besonders dann, wenn sie mit Kind/ern allein dastehen.

Frauen sind die Mehrheit. Eine benachteiligte Mehrheit.

»Arbeiten« und »Nicht-arbeiten« bedeuten für Frauen etwas anderes als für Männer:

»Sie arbeitet nicht« heißt: Sie erhält kein Erwerbseinkommen, aber sie verrichtet dennoch nützliche, ja unentbehrliche Arbeit, betreut Kinder, Alte, Kranke und Behinderte, macht die Hausarbeit und versorgt körperlich und psychisch den Mann.

»Sie arbeitet« heißt: sie geht außerdem einer bezahlten Erwerbstätigkeit nach, wird oft für gleichwertige Tätigkeit schlechter bezahlt als Männer, bekommt die schlechteren Erwerbsarbeitsplätze, bekommt die »ungeschützten« Beschäftigungen (nicht existenzsichernde, sozial und rechtlich nicht gesicherte »flexible« und oft befristete Stellen, Teilzeit- und Heimarbeit), wird von höher bezahlten und/oder befriedigenderen Arbeitsplätzen häufig ausgeschlossen; und obendrein ist sie, wenn sie Kinder hat, häufig auch für diese und den Haushalt allein verantwortlich.

Im Alter hat Frau – nach Kindererziehung und/oder schlecht bezahlter Erwerbstätigkeit – zu allem Überfluß auch noch wesentlich weniger Geld als Männer.

Immer mehr Frauen begreifen, daß sie benachteiligt sind. Und daß sie die Mehrheit sind. Und sie beginnen, sich einzumischen.

Frauen mit Kindern, die arbeiten gehen wollen/müssen, brauchen:

Förderung von Tagesmüttern.

Mehr Kindergärten mit kleineren Gruppen; Familiengruppen in Kindergärten, in denen auch 1- bis 3-jährige Kinder betreut werden.

Ausreichende finanzielle Unterstützung für einkommensschwache Frauen bei den Kindergarten- und Hortbeiträgen.

Erweiterung der gesetzlichen Gleichbehandlungspflicht bei Einstellung, Bezahlung, Weiterbildung, innerbetrieblichen Sonderleistungen, Aufstieg und Kündigung; mit Sanktionen für die Arbeitgeber.

Quotierung aller Stellen im öffentlichen Dienst (auch höherer Stellen).

Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit auf 35 Wochenstunden.

Freistellung für Kinderbetreuung, zwischen den Eltern aufzuteilen, mit Garantie des Arbeitsplatzes.

Frauenförderungsprogramme im Bereich der Gemeinwirtschaft und in jenen Betrieben, die Subventionen bekommen.

Karenzzeit und Karenzgeld auch für Männer, jeweils zur Hälfte.

Verdoppelung der Pflegefreistellung für Alleinerzieher/innen.

Eine allgemeine Grundsicherung für alle, etwa als »Grundeinkommen«, kann Hausfrauen und berufstätige Frauen gleichstellen.

Die rechtliche und gesellschaftliche Anerkennung aller Lebens- und Gemeinschaftsformen.

Gewalt gegen Frauen

Die Benachteiligung der Frauen in Arbeit und sozialem Ausgleich hat tiefe Wurzeln in unterschiedlichsten Herrschaftsverhältnissen in Verbänden, Kirchen, Parteien, Schulen und Spitälern, im Umgang mit Ämtern und Medien. Und diese Benachteiligung wird durch eine nahezu als selbstverständlich geltende Drohung der Gewalt aufrechterhalten.

Tagtäglich begegnen Frauen körperlicher und psychischer Gewalt

Tagtäglich werden in Salzburg zwei Frauen vergewaltigt.

Vergewaltigung wird noch immer als Vergehen gegen die Moral und nicht als Verbrechen angesehen.

Auch gegenüber diesen Formen von Gewalt beginnen immer mehr Frauen, sich wirksam, das heißt gemeinsam und öffentlich, zu wehren. Wir fordern:

Vergewaltigung in der und außerhalb der Ehe muß gleich verfolgt werden. Bei der Anzeige muß die Vernehmung durch geschulte Beamtinnen verpflichtend und die Anwesenheit einer vertrauten Person selbstverständlich möglich sein. Beim Prozeß dürfen keine Fragen nach dem Vorleben des Opfers gestellt werden und der Ausschluß der Öffentlichkeit soll auf Wunsch des Opfers möglich sein. Das Opfer muß vor Namensnennung in der Öffentlichkeit geschützt sein. Anwalts- und Gerichtskosten dürfen nicht dem Opfer angelastet werden.

Für vergewaltigte Frauen wie Kinder muß therapeutische Nachbetreuung gewährleistet sein.

Unabhängige, selbstverwaltete Frauenhäuser sollen staatlich finanziert und gefördert werden.

Für viele Frauen kommt zur alltäglichen »strukturellen« Gewalt in der Arbeitswelt und zur Drohung von Vergewaltigung auch die **Gewaltdrohung ungewollter Schwangerschaft:**

Selbst in unserer wohlhabenden Industriegesellschaft kommen Frauen durch ungewollte Schwangerschaft oft in Bedrängnis und Not. Sie wird verschlimmert durch das Fehlen von Hilfen für alleinstehende Mütter, schlimme Arbeitssituationen für Frauen mit Kindern, Wohnungsnot und überhöhte Mieten. Das kann in begründete Existenzangst, in ausweglose Situationen münden, in denen einige Frauen keine Möglichkeit sehen, ihr Kind zu bekommen.

Tatsache ist: Immer hat es Frauen gegeben, die nicht zu jeder Zeit frei waren, zu einem Kind JA zu sagen. Das ist ein gesellschaftspolitisches Problem, dem mit Moral allein nicht gerecht zu werden ist. Wir streben eine gesellschaftliche Umgebung an, in der jede Frau ihr Kind bejahen und bekommen kann. Davon ist aber die heutige Wirklichkeit noch weit entfernt.

Daher beginnen immer mehr Frauen, sich einzumischen und ihre Forderungen zur Veränderung der heutigen Wirklichkeit zu erheben:

Umfassende Aufklärung über Methoden und Mittel der Verhütung.

Kostenlose Abgabe von unschädlichen Verhütungsmitteln für Frauen und Männer.

Freie Entscheidung der Frau über eine Sterilisation, unabhängig von Alter

und Kinderzahl, auch ohne Einwilligung des Ehemanns. Die Kosten dafür soll die Krankenkasse übernehmen.

Wegen ihrer Entscheidung für oder gegen einen Schwangerschaftsabbruch dürfen Frauen nicht verurteilt werden.

Hinter uns die Müllflut?

Das jahrelange Nichtstun in der Abfallwirtschaft bleibt nicht folgenlos. Die Müllberge wachsen in Salzburg – rascher als anderswo – in den Himmel. Salzburg ist mit 322 kg Hausmüll pro Kopf und Jahr das Land mit der höchsten Müllbelastung.

Den Kopf weiter in den Sand stecken, das wird nicht gehen. Wenn die Industrie immer mehr Konsumabfälle produziert, etwa überflüssige Dosen und Plastikverpackungen, müssen die Müllhaufen sich auftürmen. Wenn die Abfälle in Volumen und Giftgehalt anschwellen und wenn der Müll weiterhin auf achtlos betriebenen Deponien abgelagert wird, ist es nur mehr eine Frage von Jahren, wann die Zeitbombe losgeht.

Der früher erhoffte Ausweg, die »Entsorgung« durch Kompostierung, kann nicht funktionieren, solange der Müllinput unkontrolliert, unsortiert und mit hochgiftigen Stoffen durchsetzt ist. Der in den beiden zentralen Kompostierwerken (Zell am See und, wesentlich größer, Siggerwiesen bei Salzburg) erzeugte Kompost ist nicht verwendbar. Wegen der hohen Belastung mit Schwermetallen darf er von Bauern, die Milch und Käse erzeugen, nicht aufgebracht werden. Welche Wege bleiben jétzt gangbar?

Auch gegenüber der Abfallwvine halten die Landespolitiker sich an ihr Rezept: Viel davon reden, aber nicht eingreifen. Sie rufen ein »Jahr der Müllvermeidung« aus, aber weder haben sie ein Konzept noch investieren sie in die nötige Infrastruktur für die Information und die nötige Auseinandersetzung mit den Bürgern und Unternehmen, für Beratung und für die Organisation einer wirksamen Müllvermeidung.

Stattdessen lassen die Landespolitiker auch im Umgang mit den Abfällen uns in einen »Sachzwang« hineinschlittern: in die

Sackgasse Müllverbrennung.

Was für die Energiewirtschaft der Atomreaktor ist, das ist für die Abfallwirtschaft die Müllverbrennung (eleganter »thermische Verwertung« genannt): die scheinbar radikale, scheinbar umfassende Problemlösung. Statt unnötigen Energieeinsatz und unnötige Abfallerzeugung zu vermeiden, statt rational und kostensparend mit Energie wie mit Abfall umzugehen, wird zum ganz großen, teuren Hammer gegriffen, der scheinbar alles mit einem Schlag erledigt, tatsächlich aber nicht zu kontrollieren ist.

Doch vor den Landtagswahlen war den Regierungsparteien der große Hammer zu schwer. Wie sollen die hohen Kosten (mindestens ein bis zwei Milliar-

den Schilling) gerechtfertigt werden? Was geschieht mit den im ungetrennten Müll mitverbrannten Giften? Wohin mit den hochgiftigen, schwermetall- und dioxinhaltigen Filterkuchen, mit den Schlacken?

Welche Salzburger Gemeinde wird täglich 60 bis 100 Lkw-Züge ertragen, die zur Müllverbrennungsanlage fahren?

Genannt worden sind: Werfen-Tenneck (Stegenwald), Hallein, Grödig, Wals-Siezenheim, Thalgau. Alle Gemeinden haben ihre grundsätzliche Ablehnung deponiert.

Und mit recht. Wer Müll verbrennt, verbrennt Rohstoffe, vergeudet Energie, vor allem fordert er Betriebe und Haushalte zu weiterer Verschwendung auf.

Welcher Wegweiser gilt: Wachstum und Profit?

Der Ausweg der Landespolitiker, Müllverbrennung, folgt dem gleichen Wegweiser, dem wir seit 200 Jahren gefolgt sind: **Wachstum und Profit**. Der ökologische Ausweg aus der Gesellschaft der Selbstvernichtung ist anders markiert: **Gleichgewicht und Solidarität**.

... oder Gleichgewicht und Solidarität

Diese Grundorientierungen einer weit verzweigten ökologischen Bewegung bestimmen auch das Handeln der **Bürgerliste Salzburg-Land (Grüne)**.

Der Erde mehr zu entnehmen als wir zurückgeben, ist nicht länger zu verantworten. Und es ist auch nicht länger vertretbar, die Kosten und Schäden unserer Art zu wirtschaften jenen aufzuhalsen, die sich nicht wehren können, weil sie um ihren Arbeitsplatz bangen, weil sie in benachteiligten Ländern wohnen, weil sie nach uns geboren werden.

Diese Grundsätze gelten überall in der Produktion und im Konsum, sie müssen auch für den Umgang mit Abfall gelten.

Müll: Vermeiden und trennen

Als erstes brauchen wir ein im ganzen Bundesland wirksames **Konzept zur Vermeidung von Müll und zur Entsorgung des Restmülls**. Das ist die Aufgabe, die wir in der kommenden Landtagsperiode, den etablierten Parteien nicht ersparen werden. Die Grundzüge des Müllkonzepts sind klar:

Die Reduzierung des Müllanfalls muß in verbindlichen Etappenzielen festgelegt werden. Bis 1995 soll der Hausmüll und hausmüllähnliche Gewerbemüll auf die Hälfte reduziert sein.

Die Mülltrennung muß obligatorisch schon in den Gemeinden erfolgen. Landesweit sollen in allen Gemeinden Sammelstellen (Recyclinghöfe) für Textilien, Metalle, Sperrmüll und vor allem für Problemstoffe eingerichtet werden. Den Gemeinden ist das Errichten von Kompostieranlagen für grüne

Abfälle vorzuschreiben: Es geht dabei um das Trennen des Biomülls vom Restmüll.

Im Bundesland Salzburg sollen Teams von Umwelt- und Abfallberatern (mindestens drei mit je fünf Beratern) eingesetzt werden. Sie sollen den Gemeindeverantwortlichen, Bürgern und Unternehmen die Ziele erläutern, sie über Mittel und Wege informieren und motivieren.

Die beiden Deponien für den Restmüll (Siggerwiesen und Zell am See) sollen eine sichere Ausstattung als Hochdeponien erhalten.

Die Preise für die Müllabfuhr sollen nach dem tatsächlichen Müllanfall verrechnet werden, nicht nach dem Volumen der Tonnen oder der den Müll anliefernden Fahrzeuge.

Sobald wir in Salzburg selber ein solches Müllkonzept verwirklichen, können wir überzeugender auf die nötigen bundesweiten Regelungen drängen, die Problemstoffe einschränken, Verpackungsabgaben und Pfandsysteme vorschreiben, Mehrwegflaschen begünstigen und abfallarme, giftarme Produkte und Produktionsverfahren fördern.

Das alles ist möglich, und es ist notwendig. Nur die aktive Einmischung der Bürger in Gemeinde und Land kann den dafür nötigen Druck erzeugen.

Für eine Wende in der Energie-Politik

Zehn Jahre nach Zwentendorf haben viele dazugelernt. Haben auch Salzburgs Politiker dazugelernt? Nun, wenn es gegen die Plutoniumfabrik in Bayern geht, da haben inzwischen fast alle sich den Atomgegnern angeschlossen. Das ist erfreulich. Und es ist ein deutlicher Beweis dafür, daß unsere Einmischung erfolgreich gewesen ist. Aber wie sieht es mit der hausgemachten Energiepolitik aus?

In Richtung München reden sie erfreulich klar, aber wie reden sie in Richtung Wien? Als Bundeskanzler Vranitzky unlängst – aus »ökologischer Verantwortung«, wie er sie versteht – die Atomenergie wieder als möglichen Weg der Energiepolitik hinstellte¹ – , welche Antwort gaben ihm die Politiker in Landtag und Regierung? Sie stellten sich taub und blieben stumm.

Was sind Sprüche gegen die Gefahr aus der Plutoniumfabrik Wackersdorf wert, wenn Politiker der drei etablierten Parteien zugleich den Anschluß an die EG fordern? In der EG als Atomunion ist die Atomwirtschaft trotz Harrisburg und Tschernobyl unbelehrbar auf weiteren Ausbau und auf Verdrängung aller Alternativen aus. Für die WWA mit dem EG-Anschluß, gegen die WAA auf dem Papier – was davon gilt?

Mit der EG für Wackersdorf?

Das Dilemma der bisherigen Landtagsparteien ist: Sie sind festgefahren in einer Energiepolitik, die auf Vergeudung und auf Unterdrückung aller Alternativen beruht.

¹ Vranitzky im Inlandsreport am 1. 9. 88: »Ich weiß, es ist unpopulär, so etwas nach Tschernobyl zu verlangen, aber es wird wieder einmal die Diskussion um die Kernenergie geführt werden müssen.«

nativen ausgerichtet ist. Dagegen ist mit Werbetricks, wie einer sogenannten »Energiesparaktion« für einige Haushaltsgeräte nichts auszurichten. Aus diesem Dilemma kann uns nur die aktive Einmischung der wachen Bürger heraus helfen.

Die politische Aufgabe der nächsten Jahre ist es, die Unternehmenskonzepte der Energiewirtschaft zu erneuern. Solange beispielsweise die SAFE den Kraftwerksausbau einer unternehmerischen Erschließung der Energiesparpotentiale vorzieht, bleibt Salzburg an der Spitze der Energievergeudung: 20% der Haushalte (österreichischer Durchschnitt etwa 8%) haben E-Heizung, vergeuden also Strom mit hohen Verlusten für die anders einfacher zu erzielende Raumwärmung.

Schon jetzt ist die Salzach im Pongau nur mehr eine Kette von Kraftwerken, drei weitere Stauufen sind geplant. Dazu unterhalb Salzburgs ein weiteres Kraftwerk, bei Zerstörung noch vorhandener letzter Auwälder.

Hier soll in der nächsten Landtagsperiode die Einmischung der Bürger ansetzen: Die SAFE soll sich als Dienstleistungsunternehmen verstehen, statt ausschließlich als Energiebereitsteller oder gar als Baufirma.

Die Grundsätze einer ökologisch verantwortlichen Energiepolitik – und das ist das Europa, das wir meinen – sind längst ausgearbeitet:

Energie soll effizient genutzt werden, z.B. durch Kraft-Wärme-Koppelung. Mit geringen Kosten kann ein beträchtlicher Teil der jetzt eingesetzten Primärenergie bei gleicher Produktivität und gleicher Wohlfahrt 'gespart' werden.

Energie soll sinnvoll eingesetzt werden. Das ist beispielsweise im Autoverkehr oder in der Raumwärmung oft nicht der Fall. Der Ausbau von Nahwärmenetzen (mit Blockheizkraftwerken) und die Erneuerung schlecht bewohnbarer, energiefressender Gebäude bringt mehr Wohlfahrt und mehr Beschäftigung und verringert die Abhängigkeit von Energiezufuhren am besten. Dazu bedarf es einer in allen Bezirken des Landes tätigen, von der SAFE unabhängigen Energie-Spar-Beratung.

Erneuerbare Energiequellen sollen gefördert werden, also Sonne, Wind, Biomasse und Biogas.

Zehn Jahre nach Zwentendorf ist es höchste Zeit, die Ursachen und Vorwände zu beseitigen, mit denen die Notwendigkeit der menscheitsgefährdenden Plutoniumwirtschaft begründet wird: Die zum Unternehmenszweck und zur Alltagsroutine der Konsumenten gewordene Energievergeudung. Die breite Koalition der WAA-Gegner kann sich entfalten zur konstruktiven Koalition der Erneuerer der Energiewirtschaft.

Umweltverschmutzung: Solange die Grossen dürfen...

Noch vor wenigen Jahren galten Menschen, die vor Umweltkatastrophen warnten, für viele als Spinner, und so wurden sie oft auch von Politikern hingestellt. Das ist vorbei. Für die Salzburger ist die Verschlechterung der Umwelt inzwischen zu einem der wichtigsten Themen geworden, das zeigen jetzt auch Meinungsumfragen. Je höher die Bildungstufe, desto deutlicher das Bewußtsein.

Und wie reagieren die Politiker der drei etablierten Parteien auf das geschärfte Umweltbewußtsein der Salzburger? Sie reden viel Grünes. Aber die nötigen Entscheidungen schieben sie vor sich her.

Denn die wichtigsten Weichenstellungen zur Rettung unserer Lebenswelt – und das ist es ja, was mit Umwelt gemeint ist – betreffen das Verhalten der großen Umweltverschmutzer. Und deren Verhalten kann nur durch eine politische Einmischung gewandelt werden.

Gewiß, wir alle, jeder und jede, groß oder klein, sind an der Zerstörung der Umwelt mehr oder weniger beteiligt. Mit der Gegenwehr kann und muß überall begonnen werden, auch im Kleinen, auch »bei uns selber«. Aber es kommt doch sehr auf die Größenverhältnisse an:

Die großen Umweltzerstörer, wie Kaindl oder die Hallein-Papier-Werke AG (PWA), sind das ungleich größere und schwierigere Problem. Wegen ihrer Emissionen, aber auch wegen des schlechten Vorbilds, wenn sie mit dem ganzen Gewicht ihrer Stellung in der Gesellschaft sich aufs Verschleiern und Hinhalten verlegen. Und weil Landtag und Landesregierung bisher dieses Spiel von Verschleierung und Hinhalten mitgemacht haben, also sich vor der Verantwortung gegenüber den großen Verschmutzern drücken. Da mag freilich auch der kleine Mitläufer ungern umdenken.

Die Belastungen der Salzach und der Salzburger Luft durch die PWA entsprechen denen einer Stadt mit einer Million Einwohnern. Mögliche Umstellungen und Sanierungsmaßnahmen sind von der PWA ein Jahrzehnt lang vernachlässigt worden, mit Stillschweigen der Behörden und der Politiker. Das ganze Ausmaß der Umweltschädigung ist nicht durch die gewählten Politiker und die von ihnen kontrollierten Verwaltungsstellen aufgedeckt worden. Erst die direkte Einmischung von GREENPEACE und anderen Bürgerinitiativen und der **Bürgerliste Salzburg-Land (Grüne)** hat die Öffentlichkeit alarmiert.

Das gleiche gilt für die Fa.Kaindl, die die Politiker als Marionetten behandelt, jede Überprüfung der Emissionen (Staub, Stickoxyde, vor allem eine Vielzahl undefinierter Gifte) des unkontrolliert gewachsenen Betriebs verweigert und vorgeschriebene Zeitpläne für Sanierungsmaßnahmen rücksichtslos ignoriert.

Der nach dem Brand geplante Wiederaufbau muß für die Durchsetzung der Umweltinteressen der Salzburger genützt werden. Die Verlegung an einen anderen Standort muß jetzt durchgeführt werden.

Salzburgs Politiker: Flucht aus der Verantwortung

Die bisherige Reaktion der in Stadt und Land zuständigen Politiker hat einen gemeinsamen Nenner: **Flucht aus der Verantwortung**. Statt sich auf das gewandelte Bewußtsein der Salzburger den großen Umweltverschmutzern gegenüber zu stützen, sofort die bestehenden Rechtsnormen anzuwenden und ihr Mandat für das Beschließen neuer, zweckmäßigerer Rechtsnormen wahrzunehmen, übernehmen sie die Hinhaltetaktik der großen Umweltzerstörer.

Erfindungsreich sind sie in immer neuen Varianten des Hinhaltens und Hinausschiebens: Schäden werden abgeleugnet, Ursachenzusammenhänge verdreht, mit folgenlosen Ankündigungen abgewiegelt und auf das Nichteinhalten von Ankündigungen mit neuen Ankündigungen geantwortet, die sich die Politiker in Stadt und Land als Umweltmedaille an die Brust heften.

Für unsere Demokratie ist daran am bedenklichsten, wenn die vom Volk gewählten Politiker zu diesem Zweck das Volk aufspalten, indem sie das Interesse an der Herstellung einer lebenswerten Umwelt ausspielen gegen die Angst um Arbeitsplätze und Einkommen.¹

Die selben Politiker, die die großen Umweltverschmutzer gewähren lassen, agitieren für den möglichst raschen Beitritt zur EG. Das allerdings ist nur konsequent. Im entstehenden Großen Binnenmarkt versuchen starke Interessenten, Umweltschutzaufgaben als »künstliche Handelshemmnisse« hinzustellen, die zu verbieten seien. Tatsächlich hat in der EG schon jetzt ein Wettlauf nach Standorten mit niedrigeren Umweltstandards (und parallel dazu niedrigeren Sozialstandards) eingesetzt. Ist das die »EG-Reife«, die Salzburgs Landespolitiker sich wünschen?

Umweltschutz: Bei den großen Umweltschädigern beginnen

Die politische Aufgabe in der nächsten Landtagsperiode ist eine Wende im Umgang mit den großen Umweltverschmutzern. **Die Bürgerliste Salzburg-Land (Grüne)** weiß sich dabei im Einklang mit einer wachsenden Mehrheit der Salzburger, die sich mit einer Politik folgenloser Ankündigungen und mit dem Aufhetzen von Erwerbsinteressen gegen unser Umweltinteresse nicht länger abfinden wollen.

In einer verschmutzten, vergifteten, ökologisch verelendeten Umwelt würden die Steigerungszahlen für Produktion, Umsatz, Profit und Löhne sinnlos sein. Und die immer noch zunehmende Verschmutzung und Vergiftung ist kein Schicksal. Sobald die möglichen Folgekosten den Verschmutzern im voraus

¹ So Landeshauptmann Haslauer: »Wir können nicht einfach sagen, wir sperren zu, uns ist eine saubere Salzach wichtiger als 1500 Arbeitsplätze«.

angelastet werden, ist die Umstellung von Produkt und Produktionsverfahren samt Entgiftungsaufwand eine wirtschaftlich rationale Alternative.

Aber diese Zurechnung der Folgelasten ist eine politische Aufgabe. Es ist die Aufgabe für die nächste Landtagsperiode.

Demokratie in den Landtag hineinbringen!

Am Bewußtsein der Salzburger liegt es nicht, das zeigen neuerdings auch die Meinungsumfragen. An den Sachproblemen liegt es ebensowenig, das ist an einigen der wichtigsten Themen in dieser Broschüre der **Bürgerliste Salzburg-Land (Grüne)** dargestellt. Woran also liegt es, daß die Überlebensprobleme Salzburgs nicht und nicht angepackt werden?

Es hapert an den politischen Weichenstellungen. Das ist das eigentliche Problem Salzburgs. Das zu ändern, ist die Aufgabe für die kommende Landtagsperiode.

Ohne politische Weichenstellungen kann der immer kräftiger sich rührende Widerstand von wachen Bürgern nicht konstruktiv werden. Und die Landespolitiker weichen diesen Weichenstellungen aus, schieben überfällige Entscheidungen hinaus, beharren auf den Fehlentscheidungen von gestern.

Und die Politiker der etablierten Parteien mauern sich gegen Bürgerprotest ein und verteidigen ihre Machtfülle, indem sie Abhängigkeiten aufrechterhalten.

Mit einer »neuen« Gemeindeordnung haben Salzburgs Landespolitiker erreicht, daß die Gemeindevertreter auch in Zukunft nur eingeschränkte Akteneinsicht haben, die Öffentlichkeit von Ausschußberatungen ausgeschlossen bleibt und haben damit die Allmacht der Bürgermeister und der Bürgermeisterpartei zementiert. Direkte Demokratie unterbleibt, denn in welcher Gemeinde werden es angesichts ihrer Erfahrungen mit der Obrigkeit 20% der Bürger wagen, vom Bürgermeister eine Bürgerbefragung zu verlangen?

Die Alltagsdemokratie in Salzburg leidet unverändert an Parteibuch- und Cliquenunwesen. Schon in den Schulen sind die Direktorenposten auf schwarz und rot aufgeteilt. Ohne das »richtige« Parteibuch geht im Schulbetrieb überhaupt nichts. Das bekommen Junglehrer schon während ihrer Ausbildung zu spüren. Ist das die Schule der Demokratie?

Der Sinn von Opposition: Alltagsdemokratie

Ob in der Verwaltung, in Kindergärten und Spitälern oder in der Salzburger Gebietskrankenkasse, überall werden wir von einem nach Proporz funktionierenden Apparat entmündigt. Spitzenfunktionäre wirtschaften in die eigene Tasche und sichern sich gegenseitig gegen öffentliche Kontrolle ab. Die formell bestehenden Kontrollorgane müssen unter dieser Voraussetzung versagen, soweit sie nicht die Aufdecker der Skandale verfolgen, wie im Fall der Salzburger Gebietskrankenkasse, statt sich an der Aufdeckung zu beteiligen.

An dieser alltäglichen Korruption sind alle Parteien beteiligt. Auch die FPÖ, die sich als »Saubermacher« aufspielen möchte. Vertreter der Landes-FPÖ haben sich nach Kräften an dieser Privilegienwirtschaft beteiligt und beispielsweise im Vorstand der Salzburger Gebietskrankenkasse untätig der Korruption zugesehen. Soll mit »Opposition« gemeint sein, einige FPÖ-ler an die Futtertröge eines entmündigenden Cliquensystems zu heben, statt dieses Cliquensystem und die alltägliche Entmündigung anzugreifen?

Die Bürgerliste Salzburg-Land (Grüne) will der Opposition einen anderen Sinn geben: Die Einmischung und den Widerstand der Bürger stärken, und das sowohl außerhalb des Landtags als auch im Landtag und den anderen Institutionen.

Statt noch mehr Transit über Salzburgs Straßen brauchen wir eine Verkehrspolitik, die die sinnlose Aufblähung des Verkehrs stoppt, den Frächtern die tatsächlichen Kosten aufbürdet und einen möglichst großen Anteil des Transits von der Straße auf die Schiene verlagert.

Statt das Verwirr- und Verzögerungsspiel der großen Umweltverschmutzer (wie Kaindl, PWA) aus Rücksicht auf Interessenverfilzungen mitzumachen, brauchen wir Landespolitiker, die auch den großen Schadensstiftern die Umstellung auf umweltschonendes Wirtschaften aufzwingen und ermöglichen.

Statt eine bauwütige SAFE die Energievergeudung in Salzburg anheizen zu lassen, brauchen wir Landespolitiker, die eine an den Energienutzern und an rationalem Umgang mit Energie orientierte Energiepolitik durchsetzen.

Statt Salzburgs Bauern in das große Bauernsterben in einer EG heutigen Zuschnitts hineinzutreiben, brauchen wir Landespolitiker, die gegen die Interessen des »Agrobusiness« eine naturnahe Landwirtschaft in möglichst direkter Verbindung mit den Konsumenten ermöglichen und fördern.

Darum also – und die Liste läßt sich auf alle Themen dieser Broschüre ausdehnen – geht es bei den Landtagswahlen 1989. Sie bringen eine vielleicht nicht wiederkehrende Chance für Demokratie. Denn der kommende Landtag kann noch verlässlich ohne die Zwänge und Beschränkungen in der EG die wichtigsten Weichen umstellen.

Und in der Funktionsperiode des jetzt zu wählenden Landtags werden im Land und in ganz Österreich Vorentscheidungen fallen, ob mit einem Anschluß an die EG die Demokratie im Land noch weiter eingeschränkt, ja funktionslos wird. Diesesmal also geht es um viel.

Flieden in die EG oder weltoffen und eigenständig leben?

Ein Land an der Grenze, wie Salzburg, ist nie unberührt von den Vorgängen bei den Nachbarn. Die Balance zwischen eigensinniger Selbstbehauptung und Weltoffenheit ist lebenswichtig. Diese Balance droht umzukippen, seit die Sprecher der drei etablierten Parteien und der Interessensverbände gemeinsam den Beitritt zur EG herbeireden.

Das ist keine Sache der Bundespolitik allein. Das Beitrittsgerede lähmt schon jetzt die Bemühungen, im Land das zu tun, was sofort getan werden muß: für die Verringerung des Straßentransits, für die Bewahrung der kleinen und mittleren Unternehmungen in der Nahversorgung, gegen die Auslieferung der Bauern an die Agroindustrie, und all die anderen Überlebensfragen.

Die Landespolitiker passen sich in einer Art »vorausgehendem Gehorsam« an die Mächte an, die vom EG-Binnenmarkt am meisten profitieren und ihn zu ihrem Vorteil gestalten. Sie resignieren – und geben diese Resignation als Optimismus aus – vor dem Zwang, politisch alles zu unterlassen, was der Umwelt und den sozialen Beziehungen gut tut, aber das Spiel einer möglichst ungezügelter Profiterzielung stören könnte.

Die entscheidende Auseinandersetzung in der Funktionsperiode des nächsten Landtags wird darüber erfolgen, ob die EG-Befürworter ihre Resignation dem Land aufzwingen können oder nicht: Was gut ist für den EG-Binnenmarkt, das sei gut auch für Salzburg und für Österreich. Wenn der jeweils niedrigste Standard an Sozial- und Umweltschutz die beste Wettbewerbssituation garantiert, dann ist ein niedriger Standard für Salzburg der beste Standard:

Also keine Zurechnung der tatsächlichen Kosten an die Straßenfrächter und kein Ausbau des Schienentransports? Keine wirksamen Grenzziehungen für die umweltverschmutzende Industrie? Keine Absage an die autogerechte Stadt? Keine Regionalpolitik, die den absteigenden Regionen wieder zu eigenständiger Entfaltung verhilft? Und all das, weil wir mit diesen Anpassungen angeblich »reif für Europa« werden?

Das ist das Salzburg nicht, das wir wollen. Und es ist auch nicht das Europa, das wir wollen.

»Die EG reif machen für Salzburg«

Niemand in Salzburg täuscht sich darüber, daß wir mit dem entstehenden Binnenmarkt der EG werden leben müssen. Aber es gibt keine Rechtfertigung für Resignation und vorausgehenden Gehorsam.

Im Gegenteil: Salzburg hat mehr einzubringen, als ein willenloses Mitläufertum. In den kommenden Jahren haben wir die Chance, in Salzburg und in ganz Österreich die Weichen für eine lebenswerte Gesellschaft umzustellen. Das ist unser bester Beitrag zu einem Europa, das mehr sein wird als ein egoistischer Binnenmarkt. Unser Beitrag zu einem Europa, das weder Anhängsel von Blöcken noch selber ein Machtblock ist, sondern mithilft, die Blöcke zu überwinden.

Das ist kein überhebliches Ziel. Gelingt es uns, die Resignation gegenüber dem angeblich unvermeidlichen Anschluß an die EG heutigen Zuschnitts abzuschütteln, dann können im Land selber das gewandelte Bewußtsein so vieler und der wachsende Widerstand von Bürgergruppen sich Raum schaffen. Die

Einmischung der Wachen kann in der Öffentlichkeit, im Landtag und darüber hinaus in der ganzen Republik den Schwung geben für eigenständiges und zugleich weltoffenes Handeln.

In der Tradition von »Zwentendorf« ...

Vor elf Jahren hat das Volk Österreichs einen ersten großen Schritt zu dem Europa getan, das wir meinen. Es war zugleich ein erster großer Lernschritt in Sachen Demokratie. Als erstes Industrieland haben wir den Ausstieg aus der Atomenergie getan. Und klugerweise haben wir den Ausstieg rechtzeitig und billig vollzogen: Noch vor der Inbetriebnahme des nahezu fertigen Atomreaktors Zwentendorf.

Das hat uns für künftige Generationen eine nicht mehr abzuschüttelnde Last erspart, jedenfalls innerhalb der Staatsgrenzen: Das Verstecken der absolut lebensfeindlichen Bestände an radioaktivem Material in Tonnengröße; und es hat uns erspart den Aufbau eines atomaren Überwachungsstaats.

Darum werden wir von verantwortungsbewußten Menschen in West und Ost beneidet. Noch vor Harrisburg und vor Tschernobyl hat eine Mehrheit die Atomindustrie gestoppt. Durch den Erfolg von Zwentendorf hat unser Land einmal ein Vorbild gegeben und wird als solches anerkannt und geschätzt.

In dieser Tradition sind wir schon »in Europa« – in einem Europa, das Zukunft hat. Je überzeugender wir in Salzburg eine lebenswerte Gesellschaft gestalten, desto wirksamer werden wir mit Verbündeten in den Ländern vergleichbarer Situation (in der EG und außerhalb der EG) zusammenarbeiten können.

Damit Salzburg eigenständig und weltoffen lebt. Und damit auch die EG reif wird für ein weltoffenes, eigenständiges Salzburg.

Darum geht es in der kommenden Landtagsperiode. Um nichts geringeres also geht es bei diesen Landtagswahlen.

Diesesmal geht es um viel

